

Merc.
102. *t*



Mero.
102 t

Hessberger

Die
volkswirtschaftlichen Wirkungen
der
Aktiengesetznovelle vom 18. Juli 1884
auf die
Gründungen von Aktiengesellschaften.

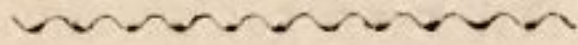
Von
Dr. Karl Hessberger.



Fulda 1889.

Druck und Commissions-Verlag der Fuldaer Aktiendruckerei.

Die volkswirtschaftlichen Wirkungen der Aktien-
gesetznovelle vom 18. Juli 1884 auf die Gründungen
von Aktiengesellschaften.



Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der höchsten akademischen Würden

der

Staatswirtschaft

einer hohen staatswirtschaftlichen Fakultät der Ludwig-
Maximilians-Universität zu München

vorgelegt von

Karl Hessberger

aus Fulda.



Die volkswirtschaftlichen Wirkungen der Abgaben
gesetzgebung vom 18. Juli 1904 mit der Einführung
von Einkommensteuern

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde vorgelegt von

Dr. phil. Hermann Schulz

aus der Fakultät der Rechtswissenschaften der Universität zu Köln

Köln, den 1. März 1905



Seinem hochverehrten Freunde

Herrn Joseph Schmitt

Bankier und Weinhändler

in Fulda

in Ergebenheit gewidmet

vom Verfasser.

THE NEW YORK PUBLIC LIBRARY

ASTOR LENOX AND TILDEN FOUNDATIONS

155 E. 42ND STREET, NEW YORK 17, N. Y.

1911

THE NEW YORK PUBLIC LIBRARY

ASTOR LENOX AND TILDEN FOUNDATIONS

Vorwort.

Die Anregung zur vorliegenden Abhandlung empfing ich von **Herrn Prof. Dr. J. Lehr** in **München**, dem ich hierfür, wie auch für seine mannigfachen Winke und Ratschläge, die mir während meiner ganzen Studienzeit, besonders aber während meines Aufenthalts in **München** in liebenswürdigster Weise zuteil wurden, auch an dieser Stelle meinen herzlichsten Dank sage.

München, am 26. Juli 1889.

Der Verfasser.

FORWARD

The purpose of this book is to provide a comprehensive survey of the history of the United States from the time of the first settlement to the present. It is intended for use as a text in the study of American history, and as a reference work for the general reader. The book is divided into two parts, the first of which deals with the period from the first settlement to the Revolution, and the second with the period from the Revolution to the present. The first part is divided into three sections, the first of which deals with the period from the first settlement to the Revolution, the second with the period from the Revolution to the War of 1812, and the third with the period from the War of 1812 to the present. The second part is divided into two sections, the first of which deals with the period from the War of 1812 to the Civil War, and the second with the period from the Civil War to the present.

The author is indebted to many friends and colleagues for their assistance and advice in the preparation of this book.

It is a pleasure to acknowledge the assistance of the following:

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

Inhalt.

Allgemeines.

Prinzip und Ziele der Aktiengesetznovelle vom 18. Juli 1884.

Gründungshergang. — Veröffentlichungen aus dem Handelsregister.

Änderung im Wesen der Aktiengesellschaften.

Wirtschaftliche Zwecke der Gründungen.

Grundkapital. — Aufbringung desselben.

Gründe für die Simultangründungen.

Gründer. — Aktie. — Revisoren.

Gründergewinn.

Schluss.

L i t t e r a t u r.

1. Renaud, Das Recht der Aktiengesellschaften. (Leipzig 1875. 2. Aufl.)
2. Auerbach, Das Aktienwesen. (Frankfurt a. M. 1873).
3. Wirth, Geschichte der Handelskrisen. (Frankfurt a. M. 1883. 3. Aufl.)
4. Schriften des Vereins für Socialpolitik. Bd. I. „Zur Reform des Aktiengesellschaftswesens“. Drei Gutachten von Goldschmidt, Wiener, Behrend. (Leipzig 1873).
5. —, Referat von A. Wagner „über Aktiengesellschaftswesen“.
6. Der mit A. unterzeichnete Aufsatz „Zur Reform des Gesellschaftswesens auf Aktien“ im Centralorgan für das deutsche Handels- und Wechselrecht, Neue Folge, Band IX. S. 249. 373.
7. Gareis. Die Börse und die Gründungen nebst Vorschlägen zur Reform des Börsenrechts und der Aktiengesetzgebung. (Deutsche Zeit- und Streitfragen. Jahrgang 1874).
8. Oechelhäuser, Die Nachteile des Aktienwesens und die Reform der Aktiengesetzgebung. (Berlin 1876).
9. —, Die wirtschaftliche Krisis. (Berlin 1878).
10. Glagau, O., Der Börsen- und Gründungsschwindel in Berlin. (Berlin 1876).
11. Tellkamp, Vorschläge zur Verbesserung des Aktiengesellschaftswesens. (Berlin 1876).

12. Ein Mahnruf zur Reform des Aktienrechts. Von einem praktischen Juristen. (Berlin 1876).
13. Entwurf eines Gesetzes betreffend die Kommandit-Gesellschaften auf Aktien und die Aktiengesellschaften nebst Motiven und Anlagen. (Berlin 1884).
14. Reichstags-Verhandlungen über das Aktiengesetz. Stenographische Berichte. 1884. V. Legislaturper. 4. Session. Bd. 1 u. 2.
15. Renaud, Der Entwurf etc. in Busch, Archiv für Handelsrecht. Bd. 45.
16. Ring, Zu dem Entwurf eines neuen Aktiengesetzes. Busch, Archiv. Band 45.
17. Simon, Der Entwurf etc. Besprechung in Goldschmidt's Zeitschrift für Handelsrecht. Band 29.
18. Goldschmidt, Die Reform des Aktiengesellschaftsrechts. (Stuttgart 1884).
19. Hecht Carl, Zur Reform der Aktiengesetzgebung. (Frankfurt a. M. 1884).
20. Delbrück, Bemerkungen zum Entwurf. (Berlin 1884).
21. Esser Robert, Der Entwurf mit Berücksichtigung der vom deutschen Handelstag dazu gestellten Fragen. (Cöln 1884).
22. Wiener, Der Aktiengesetzentwurf. (Leipzig 1884).
23. 20 Bände des „Deutschen Reichsanzeigers“. Jahrgänge 1884—1888.



Allgemeines.

Von allen Formen der Kapitalvereinigungen, die sich aus dem Verkehr im Laufe der Zeiten entwickelt haben und für die der Gesetzgeber besondere Normen gegeben, nimmt die Aktiengesellschaft an Bedeutung und Interesse unzweifelhaft den ersten Rang ein. Dieses mochte ursprünglich, soweit es die Allgemeinheit betrifft, hauptsächlich nur bedingt gewesen sein durch die Teilnahme der Staaten, die durch Privilegien und Monopole die Aktiengesellschaften zu autorisierten Gesellschaften machten, sich zuweilen die ganze Leitung und grosse Gewinnvorteile, immer aber eine gewisse Aufsicht und in betreff der Entstehung ihr Placet vorbehielten. Ihr Statut und ihre Norm fanden damals die Aktiengesellschaften nur in diesen Privilegien, welche indess nicht die schon früh im Aktienwesen auftretenden Missbräuche hindern konnten. Und als sich allmählich bei der zunehmenden Verbreitung der Aktiengesellschaften in Gewohnheitsrecht und Partikulargesetzen ein allgemeines Aktienrecht bildete, suchte man immer noch in staatlicher Concession und Aufsicht gegen jene Ausschreitungen ein Schutzmittel. Dasselbe war jedoch wirkungslos. „In allen Schwindelperioden der neueren Geschichte sind Aktiengesellschaften die Hauptnester der Schwindelei gewesen“. (Roscher). Leider ist

dieser Satz bis jetzt immer noch Wahrheit geblieben; an ihr hat die Thatsache nichts geändert, dass man die gegen Aktienschwindel wirkungslose staatliche Concession durch die sog. Normativbestimmungen in der Novelle vom 11. Juni 1870 ersetzte, von denen man nun die gewünschte Wirkung erwartete. Inaugurirt durch dieses Gesetz begann eine neue Epoche für das deutsche Aktienwesen, aber keine glückliche. Die bitteren Erfahrungen der siebziger Jahre, der sog. Gründerjahre, erwiesen nur zu bald die gänzliche Fruchtlosigkeit der Novelle von 1870. Man kann zwar nicht behaupten, die Freigebung der Aktiengesellschaften habe allein diese Schäden verursacht, wohl aber konnte sich Jedermann angesichts der That-sachen überzeugen, dass das Gesetz dem Schwindel auf dem Gebiete des Aktienwesens Thür und Thor offen gelassen.

„Reform des Aktienwesens!“ war so naturgemäss die Parole, als man nach Mitteln und Wegen suchte, der Krisis Einhalt zu thun und den den Volkswohlstand ruinirenden Vorgängen vorzubeugen. Gleichzeitig beschäftigten sich mit der Frage alle berufenen und interessierten Kreise. Im deutschen Reichstag richtete am 27. März 1873 der Abgeordnete Lasker eine Anfrage an den Reichskanzler inbetreff der Reform des Aktienwesens, der Verein für Sozialpolitik nahm Stellung zu der Frage und machte auch positive Vorschläge; aus den Kreisen des Handelsstandes und der Fachgelehrten erschienen zahlreiche Schriften, untermischt mit den Anklageschriften betrogener und verarmter Aktionäre. Allgemein erkannte man das dringende Bedürfnis einer gründlichen Umgestaltung an, aber an der Mannigfaltigkeit

der Verbesserungsvorschläge, besonders der technischen, konnte man auch die Schwierigkeiten erkennen, mit denen eine wirklich durchgreifende Reform verbunden sein würde, wollte man nicht durch Radikalmittel die Bildung von Aktiengesellschaften überhaupt unmöglich machen und so wieder auf andere Weise die Volkswirtschaft empfindlich schädigen.

Abgesehen von Perrot's „Weg mit den Aktiengesellschaften!“ und den dieser Forderung nahekommenden Wünschen Anderer gipfeln die vielen und mannigfaltigen Vorschläge meistens in den gemeinsamen Zielpunkten: „Gebietseinschränkung des Aktienwesens, Wahrheit und Öffentlichkeit bei den Gründungsvorgängen und in der Leitung von Aktiengesellschaften“.

Aus verschiedenen Gründen zögerte man massgebenden Orts lange mit der Inangriffnahme der Reform und noch länger mit der Durchführung derselben. Obgleich der Bundesrat bereits am 13. März 1877 den Auftrag zur Ausarbeitung eines neuen Aktiengesetzes gegeben hatte, erschien der Entwurf zu demselben erst Ende 1883. Da erst hielt man den richtigen Zeitpunkt für die Durchführung der schwierigen Reform gekommen.

Der Entwurf des Gesetzes, durch eine Vorberatung von wirtschaftlichen und juristischen Sachverständigen, die sich auf diesem Gebiete durch hervorragende Erfahrung ausgezeichnet, noch in mannigfacher Hinsicht ergänzt und verbessert, hatte sich dennoch vielseitig, besonders aber seitens des deutschen Handelstags nur eines bedingten Beifalls zu erfreuen. So findet sich auch in den verschiedenen Gutachten, die kurz nach der Veröffentlichung des Entwurfs erschienen, neben Anerken-

nung mancher Tadel; und um viele seiner wesentlichsten Neuerungen wurde im deutschen Reichstag hart gestritten. Doch erfuhr er durch die vom Reichstag eingesetzte Kommission nur geringe Abänderungen und wurde Gesetz.

Am 14. August 1884 trat dasselbe in Kraft. Es war zu einer Zeit, in der ein allgemein beginnender Aufschwung die endliche Vernarbung der schweren Wunden aus der Handelskrisis des Jahres 1873 vermuten liess. Trotz des allmählichen Fortschritts in Handel und Verkehr hat das so tief in dieselben eingreifende Aktiengesetz nur in vereinzelten Fällen die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Als aber Ende 1888 und Anfang 1889 die häufigen Finanzierungen und Neugründungen, die scheinbar nicht enden wollenden Kurssteigerungen der meisten Industriewerte eine neue Gründerepoche anzudeuten schienen, vermuteten viele schon eine neue bald hereinbrechende Krisis. Die Tagesblätter aller Richtungen besprachen dieses Thema immer mit dem Hinweis, dass auch die Novelle von 1884 keinen Nutzen gestiftet habe. Als Beweise für diese Behauptung wurden und werden jetzt noch die erwähnten Massengründungen und die wirtschaftlich unberechtigten hohen Kurse angeführt. Diese allein begründen jedoch jene Behauptung nicht und so lange nicht eine Krisis die Probe auf das Gesetz gemacht hat, wird man sich kein vollkommen zutreffendes Urteil über die praktischen Wirkungen desselben bilden können. Dennoch wird es sich der Mühe lohnen, an der Hand der Thatfachen darzustellen, welche Wirkungen des Gesetzes sich jetzt schon erkennen lassen, ob sie der Absicht des Gesetzgebers entsprechen oder nicht. Ursprünglich lautete darum das Thema, welches ich mir gestellt

hatte: „Die Aktiengesetznovelle vom 18. Juli 1884 in ihren praktischen Wirkungen“.

Um eine möglichst vollständige Darstellung zu geben, bedurfte es der Sammlung und Verarbeitung eines sehr grossen und zerstreuten Materials. Abgesehen von den rein wissenschaftlichen Werken über das Aktienwesen, den vielen Reformvorschlägen, den Motiven des Entwurfs und den Gutachten darüber, bieten reiches und interessantes Material die Auszüge aus den Gesellschaftsverträgen, welche der Handelsrichter veröffentlichen lässt, die Bilanzen und Generalversammlungsberichte der Aktiengesellschaften, ferner die jährlichen Berichte des deutschen Handelstags („Das deutsche Wirtschaftsjahr“) und der Handelskammern, sowie auch teilweise die der Fabrikinspektoren, ferner die Fachzeitschriften, die Börsen- und Handelsblätter, einige neue Börsenverordnungen und auch einzelne Entscheidungen des Reichsgerichts. Die Masse des sich immer mehr häufenden Materials liess mich bald erkennen, dass die Abhandlung den Rahmen einer Dissertation weit überschreiten würde. Die vorliegende Arbeit wird deshalb nur über den Einfluss der Aktiengesetznovelle von 1884 auf die Vorgänge während des Gründungsstadiums der Aktiengesellschaften handeln. Eine spätere, hoffentlich bald folgende, soll dann die Wirkung des Gesetzes auf die bestehenden Aktiengesellschaften, sowie auf die Vorgänge während des Bestehens und bei ihrer eventuellen Auflösung zum Gegenstande haben. Beide zusammen werden dann eine Übersicht über die neueste Entwicklung und den Stand des deutschen Aktien- und Börsenwesens geben. Bei einer Besprechung des Aktienwesens kann man zu keinem

endgültigen Resultate gelangen, ohne die Vorgänge an der Börse zu berücksichtigen. Beide lassen sich nur im Zusammenhang beurteilen und verbessern.

Princip und Ziele der Aktiengesetznovelle vom 18. Juli 1884.

Wenn man auch die Nutzlosigkeit der Novelle vom 11. Juni 1870 einsah, so lehrten doch die Erfahrungen aus früheren Handelskrisen sowie die schlechten Erfolge ausländischer auf anderen Grundsätzen beruhender Gesetze dieses Gebiets, dass man, um eine erfolgreiche Reform durchzuführen, im Princip von der Novelle von 1870 nicht abweichen dürfe. Diese hatte in erster Linie den Zweck, die Gesellschaft d. h. das Unternehmen selbst durch besondere Kautelarvorschriften über die Gründung und Leitung derselben sicher zu stellen. Da die in diesem Sinne gegebenen Vorschriften nicht den gewünschten Erfolg hatten, so suchte man ihre Mängel zu ergründen. Auf Grund dieses Ergebnisses und unter Berücksichtigung der für begründet und massgebend erachteten Vorschläge, waren nun unter Beibehaltung des Principes die Ziele des neuen Aktiengesetzes darauf gerichtet:

„schon durch die Vorschriften über die Aktie und die Haftbarkeit aus der Zeichnung einen sachlicheren Anschluss der Beteiligten an das Unternehmen zu erreichen;

„rücksichtlich der Gründung der Gesellschaft die vollständige und richtige Zusammenbringung des Grundkapitals zu sichern und offen zu legen und

das Verfahren der Gründung so zu gestalten, dass die Gründer gegenüber der zu gründenden Gesellschaft hervortreten, der letzteren selbstthätig eine sachliche Prüfung und Entschliessung ermöglichen und dem Registerrichter die formelle Prüfung erleichtert wird;

„auch während des Geschäftsbetriebs die Organe der Gesellschaft — Vorstand, Aufsichtsrat, Generalversammlung — in ihren Funktionen gegeneinander sicherer abzugrenzen und von unberechtigten Einflüssen zu befreien, sachgemässer die Geschäftslage der Gesellschaft erkennbar zu machen und eine lebendigere Teilnahme und Kontrolle des einzelnen Aktionärs bezüglich der Vorgänge der Gesellschaft herbeizuführen;

im Zusammenhange damit:

„die Verantwortlichkeit der bei der Gründung des Unternehmens unmittelbar und mittelbar beteiligten, sowie der mit der Verwaltung und Beaufsichtigung betrauten Personen civil- und strafrechtlich zu verschärfen;

„auch durch sonstige Straf- und Ordnungsvorschriften den Aktionären wie dem Publikum einen grösseren Schutz zu verleihen.“

Es ist hieraus ersichtlich, dass die Novelle den meisten Reformvorschlägen bezüglich der Wünsche für Wahrheit und Offenheit besonders bei der Gründung entgegengekommen ist. Auf die Legalität und Reellität der Gründungsvorgänge, als den nächsten und am meisten Sicherheit gewährenden Grundlagen für das wirtschaftliche Gedeihen des Unternehmens, legt die Novelle das

Hauptgewicht. Dies findet in einer grossen Reihe von Paragraphen seinen Ausdruck. Scharf werden die einzelnen Vorgänge abgegrenzt und die Pflichten und Rechte der bei der Gründung beteiligten Personen genau geregelt.

Gründungshergang.¹⁾

Der ganze Hergang bei der Errichtung einer Aktiengesellschaft ist der gesetzlichen Verantwortlichkeit der Gesellschaftsorgane unterstellt, die jetzt schon während des Gründungsstadiums notwendig und gerade da von besonderer Wichtigkeit sind. Diese Organe sind die Gründer, der Vorstand, der Aufsichtsrat, eventuell auch Revisoren. Gründer, die verantwortlichsten von allen, sind diejenigen Personen, — der Zahl nach zum Mindesten 5 — die das Statut unter Übernahme von Aktien errichten. Ihnen stehen bezüglich der Verantwortung gleich die Gründergenossen, d. h. diejenigen Aktienübernehmer, die andere als durch Baarzahlung zu machende Einzahlungen machen. Der Vorstand, dem die zukünftige Leitung des Unternehmens obliegt, kann schon von den Gründern bestellt werden, im Falle der Simultangründung²⁾ auch der Aufsichtsrat, den bei der Successivgründung³⁾ die constituierende Generalversammlung wählt. Revisoren

¹⁾ Nach Vorlesungen der Herren Professoren Goldschmidt (Berlin) und von Sicherer (München).

²⁾ ³⁾ Übernehmen bei der Gründung die Gründer sämtliche Aktien, so spricht man von Simultangründung, übernehmen sie nur einen Teil der Aktien und legen den Rest zur Subscription auf, so liegt eine Successivgründung vor.

verlangt das Gesetz für den Fall, dass Mitglieder des Vorstands oder Aufsichtsrats zugleich Gründer gewesen sind. Bestellen soll diese Revisoren das für die Vertretung des Handelsstandes berufene Organ und in Ermangelung eines solchen der Vorstand und Aufsichtsrat selbst. Die einzelnen Vorgänge bei der Gründung regelt nun das Gesetz zunächst für die Successivgründung, welche es auch wie in der Vergangenheit, so in der Zukunft für die häufigste Form der Gründung hält.

Zunächst stellen vor Notar oder Gericht die Gründer, von denen jeder mindestens eine Aktie übernehmen soll, das Statut fest. Einen notwendigen gesetzlichen Inhalt desselben giebt Art. 209 b des Handelsgesetzbuchs an. Auch andere zufällige Vereinbarungen unter den Gründern und Gründergenossen muss das Statut — in der Novelle auch Gesellschaftsvertrag genannt — enthalten, wenn sie der Gesellschaft gegenüber wirksam sein sollen. So sind besonders unzweideutig und klar Übereinkommen darzulegen, die die Parität unter den Aktienzeichnern verletzen, durch sog. Gewährung von Gründervorrechten, oder welche die Wahrheit des nominellen Gründungskapitals gefährden. Bei der qualifizierten¹⁾ Gründung haben die Gründer in einer besonderen Erklärung die vereinbarten Wertbeträge zu rechtfertigen und sogar die Rechtsgeschäfte, die zu ihrem Erwerb geführt, sowie die früheren Erwerbs- und Herstellungspreise der letzten zwei Jahre

¹⁾ Eine qualifizierte Gründung liegt vor, a) wenn Gründer statt der Baarsummen andere Wertobjecte (Gebäude, Maschinen, Patente u. s. w.) einbringen, b) wenn eine Aktiengesellschaft mit Geldkapital gegründet wird, um bestimmte Vermögensstücke zu erwerben.

wahrheitsgemäss anzugeben. Ein weiterer gesetzlicher Vorgang der Successivgründung ist die Aufbringung des Grundkapitals durch die Aktienzeichnung. Dieselbe muss in einer besonderen Urkunde, dem Zeichnungsschein erfolgen, der den Umfang der Beteiligung ergiebt. Für ihn ist eine doppelte Ausfertigung und bei Strafe der Nichtigkeit ein besonderer Inhalt vorgeschrieben, der keinerlei Beschränkung — es sei denn inbetreff der zeitlichen Verpflichtung des Zeichners — erduldet. Erst nachdem alle Aktien durch diesen Formalakt — als solcher gilt die Zeichnung — untergebracht sind, kann die eigentliche und bindende Errichtung vor sich gehen. Auf Antrag der Gründer bzw. des Vorstands beruft und leitet der Registerrichter eine Generalversammlung der von den Gründern zugelassenen Zeichner, die sog. constituierende Generalversammlung. Nach Prüfung der Gründungsvorgänge entscheidet eine qualifizierte¹⁾ Mehrheit, ob die Aktiengesellschaft errichtet werden soll. Ist der Beschluss über die Errichtung gefasst, so sind alle Zeichner an ihre Zeichnung gebunden und müssen mindestens 25 0/0 des auf sie entfallenden Betrags, soweit nicht andere Zahlung als Baarzahlung zugelassen ist, erlegen. In der constituierenden Generalversammlung erfolgt auch, wie schon erwähnt, die Wahl des ersten Aufsichtsrats, der ebenfalls die Gesetzlichkeit sämtlicher Gründungsvorgänge zu prüfen und darüber einen schriftlichen Bericht zu erstatten hat, der mit den übrigen vom Gesetz bestimmten und früher schon genannten Schrift-

¹⁾ Eine qualifizierte Mehrheit umfasst $\frac{1}{4}$ sämtlicher Aktionäre, welche $\frac{1}{4}$ des gesamten Grundkapitals besitzen müssen.

stücken beim Handelsgericht hinterlegt werden muss. Erst nachdem all' den bisher genannten Erfordernissen Genüge geleistet, kann die Eintragung der Aktiengesellschaft erfolgen. In diesem Augenblick beginnt ihre juristische Existenz. Für die vor dem Registerrichter eingegangenen Verpflichtungen Namens des Vereins haften die Gründer unbeschränkt und solidarisch, sogar dem wissenden dritten.

Einfacher gestaltet sich die Simultangründung. Hier fällt die constituierende Generalversammlung ganz fort, die Feststellung des Statuts mit der Übernahme des Grundkapitals in der Regel zusammen. Letzteres kann jedoch auch in einer besonderen notariellen Verhandlung stattfinden. Es bedarf nur noch der Anmeldung zum Handelsregister nebst Einlieferung derselben Schriftstücke, die auch bei der Successivgründung hinterlegt werden müssen. Mit der Eintragung ist die Gesellschaft existent. Da hierbei Gründer und Gesellschaft identisch sind, so fällt auch die ev. Verantwortung der Gründer gegenüber der Gesellschaft vorläufig fort. Sowohl bei der Successiv- wie Simultangründung wird der Öffentlichkeit dadurch Rechnung getragen, dass der Registerrichter einen Auszug aus dem Statut mit gesetzlich vorgeschriebenem Inhalt, der die wesentlichsten Anhaltspunkte zur Beurteilung einer Gründung bietet, veröffentlicht.

Veröffentlichungen aus dem Handelsregister.

Über Veröffentlichungen in Sachen der Aktiengesellschaften überhaupt bestimmt Art. 209. Abs. 3:

„Bekanntmachungen, welche durch öffentliche Blätter erfolgen sollen, sind in den Deutschen Reichs-

anzeiger einzurücken. Andere Blätter ausser diesem hat der Gesellschaftsvertrag zu bestimmen.“

Hierzu bemerken die Motive Seite 213:

„In Verfolg einer von sachverständiger Seite gegebenen Anregung setzt der Entwurf für Bekanntmachungen, welche durch Einrücken in öffentliche Blätter stattfinden, den Deutschen Reichsanzeiger als Publikationsorgan ein. Die Vorschrift wird nicht blos die wünschenswerte Folge haben, dass die Bewegung des Aktienwesens von den beteiligten Kreisen genau beobachtet werden kann, sondern sie verschafft, namentlich auch den Aktionären und Gläubigern die Sicherheit, dass ihnen durch Einsicht eines einzigen Blattes nichts Erhebliches in dem Schicksal der Gesellschaften entgehen kann.“

Hiernach ist man doch wohl berechtigt zu erwarten, dass vor allen Dingen die erheblichste und massgebendste der Veröffentlichungen, der Auszug aus dem Gesellschaftsvertrag im Deutschen Reichsanzeiger,

- 1) in jedem Falle und von jedem Handelsgerichte im Deutschen Reiche
- 2) auch genau den Vorschriften des Gesetzes entsprechend

veröffentlicht wird. In Wirklichkeit erreicht aber Art. 209 sein Ziel im Sinne der Begründung nicht. Jedem Handelsrichter steht es nach Landesgesetzen frei, die Veröffentlichung der Eintragungen seines Bezirks ausser in einer bestimmten Landeszeitung nach seinem Ermessen zu bewirken. Eine allgemeine Vorschrift, dies im Deutschen Reichsanzeiger zu bewirken, giebt es nicht. Es benutzen ihn dazu zwar schon die meisten, aber nicht alle. Eine

„genaue“ Beobachtung der Bewegung des Aktienwesens ist also durch Art. 209 nicht möglich gemacht, sondern auch nach Inkrafttreten der Novelle von 1884 noch eine „wünschenswerte“ Möglichkeit geblieben. Eben deshalb kann auch die dieser Abhandlung zu Grunde liegende mühevolle Sammlung von 495 Auszügen aus den Gesellschaftsverträgen von ebensovielen Aktiengesellschaften in Bezug auf Statistik keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen. Die Auszüge wurden sämtlich dem „Deutschen Reichsanzeiger“ und zwar den Jahrgängen 1884, 1885, 1886, 1887, 1888 entnommen. Es fehlen ferner auch die Angaben über die bereits Ende 1888 gegründeten, aber erst 1889 veröffentlichten Gesellschaften, weil die 1889 erschienenen Nummern des Deutschen Reichsanzeigers leider nicht zur Verfügung standen. Beide Mängel thun aber der allgemeinen Beurteilung der Gründungsvorgänge keinen Abbruch. Auch die andern, noch zu besprechenden Mängel der Veröffentlichungen selbst thun dies nicht, lassen aber doch die Mitwirkung des Staates bei der Gründung vielfach als nicht einmal formell erscheinen. In der Begründung des Art. 209 heisst es zum Schlusse:

„Durch die Hervorhebung der gedachten Punkte (209 Abs. 2. Ziffer 1—7) als unbedingt wesentliche ist für den Registerrichter eine feste Norm für die Frage der Eintragung des Gesellschaftsvertrags geschaffen.“

Dieselbe Erleichterung gewährt für den Registerrichter auch Art. 210 c, der die Veröffentlichung und deren Inhalt seitens des Registerrichters vorschreibt. Bei der Wichtigkeit, welche die Motive (S. 117) diesem Artikel beilegen, sollte man erwarten, dass das Handels-

gericht mit der grössten Gewissenhaftigkeit über die genaue Ausführung der Vorschriften des Gesetzes Sorge trüge. Die Thatsachen aber begründen die Vermutung nicht, sondern fördern recht erhebliche Verstösse zu Tage. Fast gegen jeden Punkt der Bestimmungen des Art. 210 c finden sich in den Veröffentlichungen Fehler. Bald fehlen die Daten der Gesellschaftsverträge, bald die Angaben über die Höhe des Grundkapitals und die Art seiner Aufbringung, über die Arten und Minimalbeträge der Aktien, bald die genaueren Angaben über thatsächlich vorhandene Aktienvorrechte; ja sogar die Namen der Gründer und Vorstandsmitglieder muss man manchmal vermissen und noch mehr die der Revisoren, trotzdem die Notwendigkeit ihrer Mitteilung aus den übrigen Angaben hervorgeht. Eine Veröffentlichung enthielt nicht nur Mängel, sondern auch ganz gesetzwidrige Bestimmungen. Danach hatten 33 Gründer zur Aufbringung eines Grundkapitals von 6000 M. Aktien auf Namen ohne weitere Angaben im Betrage von je 150 M. ausgegeben. Die Einzahlung darauf soll 10% betragen haben. Der Minimalbetrag der Einzahlung ist 25%, der der Aktien mindestens 200 M. nach dem Gesetz, wenn sie ausserdem auf Namen lauten und ihre Übertragung an die Einwilligung der Gesellschaft gebunden ist. Aber trotzdem hat obige Gesellschaft rechtliche Existenz erlangt. Ob nun die Gesellschaftsverträge an demselben Mangel leiden und unbeanstandet bei dem Handelsgericht hinterlegt sind, konnte nicht festgestellt werden.

Änderung im Wesen der Aktiengesellschaften.

Die vorgeschriebenen Veröffentlichungen der Namen von Gründern und Gründergenossen, das Hervorheben ihrer Persönlichkeit, die strenge civil- und strafrechtliche Verantwortung derselben, sowie diejenige der anderen Organe und der Emissionshäuser, ferner die moralische Haftung der Revisoren, all diese Thatsachen haben in das Wesen der Aktiengesellschaft ein Moment hineingetragen, das eine teilweise Änderung desselben zur Folge hatte. Es ist der Umstand, dass zu dem bisherigen Realcredit ein Personalcredit infolge der oben erwähnten Vorschriften des Gesetzes vom 18. Juli 1884 hinzugetreten ist. Sowohl vor als auch noch nach Inkrafttreten der Novelle von 1870, wo selbst den niedrigsten und offenkundigsten Betrügereien auf diesem Gebiete weder gemeines Recht noch einzelne Landesrechte etwas anhaben konnten, war der allgemeine Satz: „Die ganze Grundlage des Unternehmens ist der Realcredit“ vollständig und immer richtig. Die Novello von 1884 aber hat dies geändert. Sie verlangt, wie zum Teil schon gesagt wurde, ein unbedingtes persönliches und öffentliches Hervortreten der Gründer und Gründergenossen, sie legt ihnen solidarische und primäre Haftung für jede bössliche Schädigung der Gesellschaft auf, falls sie selbst nicht ihre Schuldlosigkeit beweisen können. Erst zwei Jahre nach der Eintragung der Gesellschaft verjähren derartige Ansprüche gegen die Gründer. Für dieselbe Zeit haften auch die Emissions-

häuser, die zum Zwecke des Verkaufs der Aktien eine diesbezügliche öffentliche Ankündigung erlassen. Es droht den Mitgliedern von Vorstand und Aufsichtsrat Verlust von Freiheit, Ehre und Vermögen, wenn sie im Falle irgend einer Vermögensminderung während ihrer Amtsführung und noch während eines Jahres nach Niederlegung derselben, der Gesellschaft gegenüber nicht nachweisen können, dass sie wie sorgsame Geschäftsleute ihres Amtes gewaltet. Diese klaren und scharfen Bestimmungen haben in den leitenden Kreisen der Aktiengesellschaften wegen des darin liegenden Misstrauens vielfach Missbilligung gefunden. Bei Kapitalisten fanden dieselben zunächst auch keine besondere Würdigung. Der Gründerschwindel war überall noch in gutem Andenken und das daraus erwachsene Misstrauen gegen Aktienunternehmen und ihre Schöpfer schien feste Wurzeln gefasst zu haben. Erst im Herbst vorigen Jahres, als die Börse die Parole „Zuversicht“ ausgab, freilich zunächst nur mit Rücksicht auf die in- und ausländischen Staatspapiere und Rentenwerte, als mit den steigenden Kursen Rentabilität und Zinsfuß sank, da musste der Kapitalist nach etwas besser rentierenden Anlagen sich umsehen und griff zu den Industriewerten. Um so leichter fand dieses Vorgehen Nachahmung und Verbreitung, als allgemein auf die günstige Lage der betr. Gesellschaft und auf die tüchtige, bewährte und vertrauenswürdige Leitung derselben hingewiesen wurde. Man schenkte den Versicherungen der Emissionshäuser um so eher Glauben, je mehr man sich ihre und der Gründer Verantwortlichkeit vorführte und im schlimmsten Falle von den Bestimmungen des Gesetzes hierüber

Gebrauch machen konnte. Und gesetztten Falls die vorhandenen civil- und strafrechtlichen Bestimmungen erwiesen sich als nicht durchgreifend genug, so wird man sich doch schon eine gute Wirkung auf die Reellität der Gründung versprechen, weil die Gründer wenigstens die Aussicht haben „eventuell die Schrecknisse der Anklagebank zu spüren“. Immerhin wird man behaupten können, dass das vorhandene grössere Vertrauen des Publikums zu den Aktiengesellschaften zum Teil seinen Grund in der besprochenen Änderung im Wesen derselben findet und diese somit auch eine der Ursachen der letzten Hausse-Periode gewesen.

Wirtschaftliche Zwecke der Gründungen.

Als eine weitere Wirkung des Gesetzes sollte man erwarten, dass die Aktiengesellschaften hauptsächlich auf solchen Gebieten und zu solchen Zwecken entstehen würden, für welche diese Betriebsform ganz besonders geeignet oder wenigstens nicht ungeeignet ist. Die Erfahrung früherer Jahre hat reichlich gelehrt, dass Unternehmen, die unter anderer Betriebsform blühten und reichlichen Gewinn brachten, als Aktiengesellschaften zu Grunde gingen. Mit der neuen Betriebsform allein schon war der Todeskeim in das Unternehmen gelegt. Wenn nun auch das Gesetz keine besonderen Bestimmungen getroffen hat, wann die Aktienform für zweckdienlich zu erachten sei, wann nicht, sondern die Form zu jedem Zwecke freigegeben, somit auch den Reformvorschlägen zwecks Einengung des Gebiets für Aktiengesellschaften keine Rechnung getragen hat, so hat doch der Gesetz-

geber eine diesbezügliche Wirkung von der Novelle erwartet. In den Motiven heisst es Seite 59:

„Dass das Inkrafttreten des Gesetzes den Strom der Bildung von Aktiengesellschaften zurückdrängen wird, ist nicht zu verhehlen. Allein dies könnte als eine ungünstige Folge nicht beklagt werden. Jene Strömung war allzu reichlich, und was fortan die Aktiengesellschaften an Zahl verlieren möchten, das werden sie an innerer Kraft gewinnen.“

Es mag sein, dass der Verfasser des Entwurfs an diese guten Folgen zunächst in Beziehung auf Gründungen jeder Art gedacht hat. Aber es dürfte daraus doch auch zu entnehmen sein, dass er hoffte und erwartete, es würden sich keine Gründer finden, die in so hohem Grade verantwortlich sein wollten für ein Unternehmen, das in den notwendigsten Grundlagen und Bedingungen schon Zweifel für sein Gelingen und Fortbestehen mit Recht aufkommen lässt. Eine allgemeine Norm für Anwendung der Form des Aktienvereins stellte, wie schon erwähnt, das Gesetz nicht auf. Nach Roscher „eignet sie sich vortrefflich für solche Geschäfte, wo es mehr auf Kapitalwirkung als Arbeit ankommt, mehr auf das Anlage- als auf das Betriebskapital und wo auch der Betrieb sich einer streng berechneten Regel fast maschinenähnlich unterwerfen lässt. Hierher gehören der Bau und der Betrieb von Eisenbahnen, Kanälen u. s. w., die Rhederei, das Bank- und Versicherungswesen; von den vorzugsweise sog. Industriegewerben noch am ersten die textilen, zumal wenn grosse Handlungshäuser ihnen die kaufmännische Seite des Betriebs abnehmen. Wo das Kapital notwendig so gross oder räumlich so verteilt ist,

dass auch der Privatunternehmer Beamten anstellen müsste, da braucht die Aktiengesellschaft der Einzelunternehmung gewiss nicht nachzustehen. Aber auch für neue Geschäftszweige, die viel und lange Kapital erfordern und dasselbe einer unberechenbaren Gefahr unterwerfen, wo also kein guter Wirt einen grossen Teil seines Vermögens auf diese gefährliche Karte setzen möchte, ist die Aktiengesellschaft passend. Sie kann daher auf den Versuchsfeldern der Volkswirtschaft gute Dienste leisten.“

In Hinsicht dieser Anforderungen hat das Gesetz auf die Entwicklung des Aktienwesens eine eigentümliche Wirkung gehabt. Von den in Betracht kommenden 495 Gründungen sind 358 Fortbetriebe bereits bestehender Unternehmungen in Form der Aktiengesellschaft und nur 137 verfolgen in dieser Form neue Zwecke, sind also eigentliche Neugründungen. Die meisten von diesen gehören Geschäftszweigen an, die oben als besonders geeignet für die Aktiengesellschaftsform angegeben sind. So dienen 32 dem Handelsgewerbe (Bank- und Versicherungsgeschäfte, Lager- und Speditionshäuser u. s. w.), 30 dem Verkehrsgewerbe (Dampfschifflinien, Eisen-, Strassen-, Drahtseil-Bahnen u. s. w.); 12 Gesellschaften haben die Herstellung von Neubauten in grossen Städten unternommen; unter 30 andern Gesellschaften, die dem Betriebszweig zur Beherbergung und Erquickung in der Statistik zugewiesen sind, befinden sich viele Gründungen geselliger Vereinigungen, gemeinnützige und Wohlthätigkeitsanstalten. Alle sind durchgängig mit grossem Grundkapital errichtet. Die 32 übrigen arbeiten mit teilweise geringem Grundkapital und verteilen sich auf die Gebiete der Landwirtschaft, der Industrie der Steine und Erden, der

chemischen Industrie, der Industrie der Heiz- und Leuchtstoffe, der Textilindustrie, der Industrie für Nahrungs- und Genussmittel und polygraphischen Gewerbe.

Bei den Finanzierungen gestaltet sich die Sache anders. Das Streben, bestehende Geschäfte in Aktiengesellschaften umzuwandeln, hat alle Geschäftszweige ergriffen. Nur in verhältnismässig wenig Fällen lassen sich für die Finanzierung berechtigte Gründe anführen. Bei vielen handelt es sich dabei nur um Abschüttelung der Solidarhaft, Vereinigung von Konkurrenzunternehmungen, Erzielung eines sofortigen grossen Gewinns anstatt des allmählichen kleineren, oft auch nur um Schaffung von Börsenwerten. Von den 358 finanzierten Etablissements weist die Industrie für Nahrungs- und Genussmittel die relativ grösste Zahl nämlich 120 auf. Darunter sind 83 Brauereien, bei denen das hohe Grundkapital der meisten die Finanzierung nötig oder doch sehr erwünscht machte. Inbetreff der übrigen Gebiete ist jedoch bemerkenswert, dass gerade da, wo die Neugründungen mit einem relativ hohen Prozentsatz vertreten sind, die Zahl der Finanzierungen verhältnismässig klein ist. Um so mehr darf wohl angenommen werden, dass die Neugründungen wirklich objektiven Bedürfnissen entsprechen und das Gesetz unzweckmässige und unnütze Neugründungen verhütet hat. Bei der Umwandlung von Geschäften in Aktiengesellschaften lässt sich eine derartige Wirkung des Gesetzes nicht feststellen. Fast gleichmässig verteilen sie sich auf alle Gebiete. Nur in seltenen Fällen mag es der Grund zur Umwandlung gewesen sein, dass die Art des Geschäftszweigs den Weiterbetrieb in Form der Aktiengesellschaft empfehlenswert oder gar notwendig machte.

Grundkapital.

Will man auch von einer inneren Notwendigkeit absehen, aus der sich die Wahl der Aktiengesellschaft als Betriebsform für ein Unternehmen ergibt, so muss sich in den meisten Fällen doch wenigstens die Grösse des aufzuwendenden Grundkapitals als Beweggrund dazu darstellen. Obschon gerade an den vielen kleinen Gesellschaften zur Zeit der Krisis viel Geld verloren gegangen, hat doch die Novelle keinen Minimalbetrag des Grundkapitals für Aktiengesellschaften festgesetzt. Nach den Vorschriften über den Minimalbetrag der Aktie und der im Minimum vorgeschriebenen Gründerzahl, können Aktiengesellschaften mit nur 1000 M. Grundkapital entstehen, wie dies in Wirklichkeit auch einmal geschehen ist. Es war eine Neugründung; eine solche hat auch das grösste Grundkapital, nämlich 20,000,000 M. aufzuweisen. Überhaupt entsprechen in Beziehung auf das Grundkapital die Neugründungen durchschnittlich mehr dem Wesen der Aktienvereinsform als die Finanzierungen. In den Jahren 1884—1888 stellen sich die Höchstbeträge bei den Neugründungen bezw. auf 2,000,000, 2,400,000, 10,000,000, 10,000,000, 20,000,000 M.; die geringsten Beträge auf bezw. 3000, 10,000, 1000, 2000 und 6000 Mk.; die Durchschnittsbeträge der Jahre 1886, 1887, 1888 mit bezw. 1,030,411, 1,265,648, 1,113,400 M. sind ebenfalls erheblich grösser als die Durchschnittsbeträge derselben Jahre bei den Fortbetrieben mit bezw. 870,572, 861,738, 943,938 M. Dagegen haben die

Fortbetriebe der Jahre 1884 und 1885 ein Durchschnittskapital von 501,480 und 1,012,000 M., denen für diese Jahre nur ein Durchschnittsbetrag von 484,111 M. und 346,886 M. der Neugründungen gegenüber steht. Dies kann sowohl ein Zeichen dafür sein, dass man kurz nach Erlass des Gesetzes dessen Bestimmungen zu sehr fürchtete, als auch dafür, dass die Konjunktur nicht danach angethan war, einen entsprechenden Lohn für die Übernahme schwerer Gründerverantwortlichkeit zu verheissen. Die Neugründungen von 1884—1888 ergeben insgesamt ein Durchschnittskapital von 942,920 M., denen die Fortbetriebe nach der nämlichen Berechnung nur mit 901,937 M. gegenüberstehen. Nach anderen Gesichtspunkten aber zusammengestellt, findet sich unter den Fortbetrieben eine verhältnismässig grössere Anzahl von Unternehmungen, deren Grundkapital 1,000,000 M. und darüber beträgt. Es sind von 358 Gesellschaften 115, während sich bei den Neugründungen das Verhältnis von 137 zu 33 ergibt. Bei diesen haben ferner 99 Gesellschaften ein Grundkapital von 500,000 M. und weniger. Bei den Fortbetrieben ist es relativ eine viel geringere Zahl, nur 180. Die Zahl der Aktiengesellschaften, die über 500,000 und unter 1,000,000 Grundkapital haben, ist bei beiden Kategorien auffallend gering.

Es muss hier noch bemerkt werden, dass auf den finanzierten Unternehmen häufig noch grosse Hypotheken in der Regel zu Gunsten der früheren Besitzer lasten blieben, wovon aber die Simultangründung mehr Ursache als Folge war. Hatte man doch nun um so leichter Veranlassung bei passender Gelegenheit das Grundkapital zu erhöhen, und die neuen wie alten Aktien dem Pub-

likum am offenen Markte anzubieten. Dies im weiteren auszuführen wird sich teilweise noch in dieser, teilweise auch in der angekündigten Abhandlung über das Stadium des Bestehens der Aktiengesellschaften Gelegenheit bieten.

Aufbringung des Grundkapitals.

Für das Gedeihen des Unternehmens ist es gewiss von Wichtigkeit, dass das Grundkapital zweckentsprechend, vor allen Dingen aber nicht zu hoch festgesetzt sei. Unvergleichlich wichtiger aber ist die Beschaffung und das wirkliche Vorhandensein des Grundkapitals. Wie und ob das letztere aufgebracht, das sind die wichtigsten Fragen während des ganzen Gründungsstadiums. Mit Rücksicht auf die reichen Erfahrungen, die man in Beziehung hierauf gemacht, wurde der bei der Gründung einzuhaltende Vorgang genau vom Gesetzgeber geregelt. (Siehe Gründungsvorgang.) Es bleibt den Gründern überlassen, nach Lage der Umstände sich für die Form der Simultan- oder für die der Successivgründung zu entscheiden. Gegen das Erwarten des Gesetzgebers wurde fast durchgängig die Form der Simultangründung gewählt. Unter den verschiedenen Sachverständigen, die sich über den Entwurf in wissenschaftlichen Abhandlungen und Vorträgen äusserten, wies besonders Hecht darauf hin, dass die Simultangründung für alle jene die Hinterthür sein würde, welche die rigorosen Bestimmungen über die Gründung scheuten und sich unberechtigten Gründergewinn erwerben wollten. Andere, welche von dem Gesetz erwarteten, es werde auch nützliche Gründungen hintertreiben, werden sich wohl enttäuscht sehen.

Hechts Voraussagungen haben sich als richtig erwiesen. Aber seiner Folgerung: „Weg mit den Simultangründungen!“ wird wohl nicht beizustimmen sein, da es doch auch Gründe für die Simultangründung giebt, welche es als geboten erscheinen lassen, diese Form zu erhalten. Und es ist doch nicht anzunehmen, dass alle Gründer darauf ausgehen, unberechtigte Gewinne zu erstreben. Wäre die Simultangründung für einen solchen Vorwurf massgebend, so gälte er fast allen Gründern, im Jahre 1888 allen bis auf 25; denn in diesem Jahre fand wirklich nur eine Successivgründung (mit 25 Gründern) statt.

Gründe für die Simultangründung.

Es wird kaum gelingen, alle Gründe für die nach dem Sinne des Gesetzgebers eigentlich abnorme Thatsache aufzufinden, dass die Simultangründung sowohl bei Finanzierungen von Fortbetrieben als auch bei Neugründungen in so überwiegender Masse Anwendung findet. Doch lässt sich annehmen, dass jene zum grossen Teil im Gesetze liegen, welches in dieser Beziehung eine positive und eine negative Wirkung äusserte. Einesteils bewirkt es in Fällen, wo durchaus nicht rigorose Vorschriften gescheut werden, die Wahl der Simultangründung, weil diese leichter und schneller von statten geht; andernteils aber verhütet das Gesetz die Simultangründung nicht dort, wo sie lediglich als der einzige offene Weg zu Erlangung von bedeutendem, unberechtigtem und andere schädigenden Gewinn gewählt wird. Für die Simultangründung sprechen oft auch sog. innere Gründe, d. h. solche, die in der Natur der Sache liegen.

In den dieser Untersuchung zu Grunde liegenden Fällen handelt es sich ja zumeist um Finanzierungen und dazu vielfach um solche, bei welchen gar keine oder fast gar keine Beschaffung von Grundkapital nötig ist, sondern dieses eben nur, ohne seinen Herrn zu wechseln, in anderer verkehrsfähigerer Form ausgedrückt wird. Ferner kann der Grund dafür in dem häufig so kleinen Grundkapital der Unternehmungen liegen, zu welchem man einer grösseren Anzahl Teilnehmer gar nicht bedarf. Oft geschieht auch die Finanzierung aus Ursachen, welche eine andere Form der Gründung gar nicht wünschenswert erscheinen lassen. Unternehmer, welche es für besser halten, aus gewissen Gründen nicht mehr solidarisch zu haften, aber keine Veranlassung haben, sich von den Geschäften zu trennen, werden stets nur die Simultangründung wählen.

Dasselbe geschieht in dem nicht seltenen Falle, wo lediglich wegen einer späteren Erbschaftsteilung das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wird. In andern Fällen wiederum kann es für eine Anzahl von Gläubigern eines in Konkurs geratenen Unternehmens dienlich sein, dasselbe in Form der Aktiengesellschaft weiterbetreiben zu lassen. Unter Umständen können diese sogar zur Simultangründung gezwungen sein, indem sie keine Liebhaber dafür finden werden, welche ihr Geld in einem verkrachten Unternehmen anzulegen gesonnen sind, so dass sie selbst das Geschäft übernehmen müssen. Es ist auch mehrfach vorgekommen, dass verschiedene Grossindustrielle ein Unternehmen gründeten, welches ihrem gemeinsamen Interesse, wenigstens zunächst diesem ganz allein, dienen sollte. So ent-

standen Aktiengesellschaften, welche Dampferlinien zur See, andere, welche eine regelmässige Flussschiffahrt betrieben, lediglich im Interesse ihrer wenigen Aktionäre und Gründer. Zumeist waren dies bedeutende Speditions- und Handlungshäuser, deren grosse Geschäfte es möglich und nöthig machten, eigene Verkehrswege zu ihren Kunden und Abnehmern zu besitzen. Eine häufige Erscheinung ist auch die Vereinigung mehrerer Konkurrenzbetriebe zu einem einzigen in Form der Aktiengesellschaft. Hier wurde ebenfalls immer die naheliegende und sozusagen sich von selbst ergebende Form der Simultangründung gewählt.

Mannigfaltig sind die Gründe für die Simultangründung, welche aus dem Gesetze selbst erwachsen. Zunächst kommt hier die grosse Verantwortung aus der Gründung in Betracht. Mit Recht fragen sich wohl viele, zumal da, wo sie einen entsprechenden Lohn nicht so sicher erwarten: warum ein solches Risiko für andere tragen, welche schliesslich gleichen Gewinn von dem Unternehmen haben, wie sie selbst? So sehen sie sich lieber unter der Hand nach Zeichnern um, die, wenn sie sich beteiligen wollen, auch als Gründer figurieren müssen. Hiermit erklärt sich auch die grosse Zahl der Gründer — bei 57 Simultangründungen sind es mehr als 20 — und die häufigen Nachträge zum Gesellschaftsvertrage, in denen in der Regel nur die Gesamtübernahme des Grundkapitals durch die Gründer festgestellt wurde. Für die Wahl der Simultangründung mag auch oft der Umstand massgebend gewesen sein, dass mit ihr die constituierende Generalversammlung vermieden wurde, die der Handelsstand nur als lästige, nicht als nützliche Institution

betrachtet, höchstens geeignet das Publikum vertrauensseliger zu machen, aber nicht imstande, dieses Vertrauen durch wirklichen Schutz zu rechtfertigen.

Andere Gründungen sind wieder derart, dass den Gründern leicht eine bössliche Absicht nachgesagt werden könnte, so dass sie lieber ihr eignes Kapital riskieren, als die Verantwortung der Gründung zu übernehmen. So lange sie selbst die Gesellschaft bilden, giebt es ja für sie keine Verantwortung. Von manchen wird auch der Weg der Simultangründung eingeschlagen, weil sich die Form der Successivgründung als zu schwerfällig und untauglich erweist. Die Gründer übernehmen demnach, — obgleich ihnen die Successivgründung erwünschter wäre — die Aktien, da es im andern Falle doch nicht ausgeschlossen, je nach Umständen sogar wahrscheinlich ist, dass in der constituierenden Generalversammlung, in welcher eine qualifizierte Mehrheit entscheidet, das Unternehmen nicht zu stande kommt und so der bisherige Gründungsaufwand verloren wäre. Um sicher zu gehen, müssten sie also jedenfalls schon einen grossen Aktienbetrag übernehmen, so dass es vorteilhafter erscheint, sich selbst gleich in den Besitz aller Aktien zu setzen. Ein möglichst nahes Zusammenwohnen der Aktienzeichner wäre zum Zustandekommen der constituierenden Generalversammlung ebenfalls nötig. Bei der Wahl der Gründungsform spricht ferner noch mit, ob dieselbe schnell vollendet sein soll oder sich länger hinziehen kann. Nur im letzteren Falle würde die Successivgründung sich eignen. Aber in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs, wo die Unternehmungslust auf allen Gebieten und in allen Formen neue Geschäfte erstehen lässt, ist es Bedingung für das Gelingen einer

Neugründung, dass sie rechtzeitig, schnell und unerwartet, als vollendete Thatsache ihre Existenz beginnt. Hier ist nur die Simultangründung am Platze. Allen diesen Gründen kann sich nun aber in vielen Fällen noch ein weiterer hinzugesellen, welchem eine erhebliche Zahl Simultangründungen allein ihre Entstehung verdankt. Es ist der Umstand, dass nur in ihr noch die Aussicht vorhanden ist, mit grosser Wahrscheinlichkeit über kurz oder lang einen möglichst hohen Gründergewinn zu erzielen, ohne mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen, indem man unter rechtzeitiger Benutzung der Konjunktur die Aktien an die Börse bringt und sie zu hohen, durch geschickte Manipulationen vorbereiteten Kursen verkauft.

Weitere Ausführungen über den vorstehend besprochenen Gegenstand finden sich in dem dem Gründergewinn gewidmeten Abschnitt.

Gr ü n d e r .

Wie aus den oben beschriebenen Gründungsvorgängen schon hervorgeht, hat das Gesetz während des ganzen Gründungsstadiums den Gründern die bedeutendste und verantwortungsvollste Rolle zugewiesen. In den Motiven zum Gesetz heisst es:

„Vorbedingung für die Reform ist es, Begriff und Bedeutung der „Gründer“ gesetzlich festzustellen. Es ist naturgemäss und man hat mit der Erfahrung zu rechnen, dass vom Publikum mehr auf die leitenden Persönlichkeiten als auf die geschaffenen Dinge gesehen wird. Wie die Gründer die Hauptgewähr dafür leisten sollen, dass die Gründung überall den Gesetzen

entsprechend geschieht, so mögen sie auch die Träger des Vertrauens sein, welches das Publikum in die Solidität des Unternehmens setzt. An der Vertrauenswürdigkeit der Gründer und dem Masse ihrer Beteiligung an dem Unternehmen mag das Publikum das Vertrauen zu dem letzteren bemessen.“

Hierin liegt zugleich ein neuer Beweis für die durch das Gesetz bewirkte Veränderung im Wesen der Aktiengesellschaft. Man kann sie wohl eine Verbesserung nennen, wenn sie auch manches im Gefolge hatte, was man als eine üble Wirkung des Gesetzes auslegt, was aber im Grunde genommen zu vermeiden durch keine Gesetzesvorschriften möglich wird. Infolge eines fast blinden Vertrauens in die Zukunft der Aktienunternehmungen, zum Teil eben verursacht durch den Glauben an die Wirkung der Kautelarvorschriften, ist man bei der Prüfung der Unternehmungen in manchen Kreisen des Publikums recht leichtsinnig geworden, so leichtsinnig, dass man überhaupt schon zeichnet, ehe man noch einen Prospekt erhält. (Zeichnung auf dem Kommissionswege). Dass aber ein Unternehmen von Interessenten nur mit Rücksicht auf die Gründer, nicht auch sachlich geprüft werde, wollte das Gesetz nicht. Im Anschluss an die zuletzt angeführte Stelle heisst es weiter in den Motiven:

„Dabei bleibt jedem unbenommen, ohne Rücksicht auf die Personen die sachliche Vertrauenswürdigkeit zu prüfen.“

Die sachliche Prüfung muss sogar zuweilen die einzige bleiben. So ist unter den vorliegenden Fällen einer, in dem 6 unmündige Kinder als Gründer aufgeführt sind. In der Eigenschaft, dass sie für „Apports“

Aktien übernehmen, sind sie es ja in der That, aber sie können doch kein Statut feststellen und auch keine Verantwortung übernehmen. Diese beschränkt sich nur auf den Vormund. Wäre dies nach dem Sinne des Gesetzes, so wäre die Festsetzung einer Minimalzahl der Gründer umsonst. Als Gründergenossen mögen minderjährige Personen gelten, aber die eigentlichen Gründer müssen doch stets vertragsfähige Leute sein.

Die vom Gesetz für die Gründer angesetzte Mindestzahl 5 scheint zweckmässig gewählt zu sein. Nur bei 16 Finanzierungen ist augenscheinlich die Zahl zu hoch gewesen. Bei dreien übernahm überhaupt nur einer die ganzen Aktien, — im Widerspruch mit den gesetzlichen Bestimmungen — bei den 13 andern Gesellschaften erhielten 4 Gründer je eine Aktie, der fünfte übernahm die übrigen. 242 Gesellschaften haben mehr als 5 Gründer und nur 213, also nicht einmal die Hälfte aller begnügte sich mit der Minimalzahl 5. Den verschiedenen Ursachen für die Wahl der Simultangründung entsprechend ist auch die Zahl der Gründer, soweit sie mehr als 5 beträgt, sehr verschieden. Sie steigt bis 412. Bei 7 Gesellschaften ist sie über 100; 50 haben mehr als 20 und weniger als 100. Besonders häufig ist noch die Zahl 6; sie kehrt 52 mal wieder. Je 7 Gründer gründeten 30 Gesellschaften.

Aktie.

Die Aktie, der gesetz- und statutengemässe Einheits-
teil des Grundkapitals und entsprechenden Grundver-
mögens, zugleich in der Bedeutung von Aktienrecht,

d. h. des zu diesem Anteil bestehenden Mitgliedschaftsrechts und auch als Bezeichnung für die Urkunde über das Aktienrecht, ist in allen drei Bedeutungen der Gegenstand wichtiger Erörterungen bei dem Zustandekommen des Gesetzes gewesen. In ihrer Neugestaltung nach Rechtsinhalt und Grössenverhältniss zum Grundkapital glaubte man eines der hauptsächlichsten und wirksamsten Mittel gefunden zu haben, das ganze Aktienwesen in die richtige Bahn zu lenken und es von vielen Missbräuchen frei zu machen. So verschieden die Meinungen über die Neugestaltung der Aktie in den vielen Reformvorschlägen auch sind, so wird doch in allen hervorgehoben, wie wichtig es sei, den Hebel der Reform gerade an diesem Punkte anzusetzen. Die Fragen, ob Inhaber- oder Namensaktie, ob quantitativer oder quotitativer Aktienbetrag, ob Festsetzung eines Minimalbetrages, ev. in welcher Höhe, besser sei, ob und wie die Verhältnisse für verschiedene Gattungen von Aktien zu regeln seien, ob man solche überhaupt zulassen solle u. s. w., sie alle harren der Beantwortung und Entscheidung des Gesetzgebers.

So hat denn auch das Gesetz von 1884 mehrere wesentliche Neubestimmungen über die Aktie gebracht. Abgesehen von neuen in der Aktie begründeten Rechten der Aktionäre, lässt das Gesetz Namens- neben Inhaberaktien zu, gestattet schon bei der Gründung die Ausgabe von Prioritätsaktien, sog. Stamm-Prioritätsaktien, ohne ihnen aber einen Vorzug bei der Beschlussfassung in der Generalversammlung zu gewähren, und setzt den Minimalbetrag der Aktie, sowohl für Namens- als Inhaberaktien, auf 1000 M. fest, unter Zulassung einiger be-

sonderen Bestimmungen unterliegenden Ausnahmen. Es können Gesellschaften Namens-Aktien von mindestens 200 M. ausgeben, falls entweder ihre Übertragung an die Zustimmung der Gesellschaft gebunden oder die Genehmigung des Bundesrats dazu eingeholt ist. Dies letztere ist nur in gesetzlich bestimmten Fällen statthaft. (Handels-gesetzbuch Art. 207a, 215,7, 215c.) Die Erhöhung des Minimalbetrags der Aktie auf 1000 M, vom Entwurf auf 2000 M für Inhaber- und auf 1000 M für Namensaktien vorgeschlagen, ist besonders im Deutschen Reichstag bei der Verhandlung über das Gesetz auf harten Widerspruch gestossen. Doch die Erhöhung wurde beschlossen und die Praxis musste sich damit abfinden. Schon wegen der überwiegend grossen Anzahl von Simultangründungen hatte die Vorschrift doch nicht die Bedeutung, die man von ihr erwartete. Der Absicht, „dass der falschen Strömung des Kapitals“, wie es in den Motiven S. 64 heisst, in erster Linie dadurch begegnet werden könne und müsse, dass der sog. „kleine Mann“ im allgemeinen wie im eigenen Interesse nicht nur nicht darauf hinzuweisen, vielmehr davor zu bewahren sei, in diese für seine wirtschaftliche Existenz bedrohliche Strömung sich zu begeben“, ist mit der Festsetzung des Minimalbetrags der Aktie auf 1000 M nicht gedient. Die Erfahrung lehrt jeden, der sich mit Effekten- und Aktienhandel beschäftigt, dass Leute mit kleinem Kapital — worunter auch ein solches mit einigen Tausend Mark zu verstehen ist — keine Aktien kaufen, es sei denn auf den Rat von Personen, denen sie unbedingtes Vertrauen schenken. Ist dieses unverdient, sind die Kleinkapitalisten in die Hände gewissenloser Geschäftsleute gefallen, so giebt

das Differenzgeschäft schon bei einigen Hundert Mark Depôt genügend Gelegenheit, auf Zeit oder gegen Prämie Aktien zu kaufen. Der grössere oder kleinere Nominalbetrag spricht dabei gar nicht mit. Mit der Erhöhung des Nominalbetrags wollte das Gesetz ferner „darauf hinwirken, dass auch der Wohlhabende wegen der grösseren Summe, die er wagt, vor der Anlage umsichtiger das Unternehmen prüfe und als Aktionär sich reger an den Vorgängen der Gesellschaft beteilige.“

Hier lehrt jedoch auch die praktische Erfahrung, dass der Wohlhabende sich nie durch den Minimalbetrag der Aktie zu einer regeren Beteiligung an einer Aktiengesellschaft bestimmen lässt. Der Wohlhabende, besonders der Geschäftsmann, kauft Aktien eines von ihm aus irgend einem Grunde bevorzugten Unternehmens im Betrage von so und so viel Tausend Mark; ob diese nun aus fünf oder 25 Stück Aktien bestehen, bleibt sich gleich. In der Regel entscheidet für ihn die Hoffnung auf eine mit einiger Wahrscheinlichkeit zu erwartende Kurssteigerung, seltener die Absicht mit dem Kapital einen höheren Zinsfuss zu erzielen. Dass mit einem hohen Minimalbetrag der Aktie allein ein innigerer Anschluss der Aktionäre an die Gesellschaft nicht bewirkt wird, dafür spricht auch der Umstand, dass Aktienvereine, denen dieser Anschluss erwünscht ist und die deshalb den Nominalbetrag höher festsetzen, meistens Namensaktien ausgeben. Von 29 Gesellschaften, welche Aktien über dem gesetzlichen Minimalbetrag ausgeben, lauten diese bei 21 auf Namen. Zur Ausgabe von Namensaktien unter 1000 M. griffen 73 Gesellschaften also ungefähr $\frac{1}{7}$ der seit Inkrafttreten des Gesetzes

gegründeten. In Anbetracht dieses ziemlich hohen Bruchtheils und der Thatsache, dass die Übertragung notariell oder vor Gericht mit Zustimmung der Generalversammlung und des Vorstandes erfolgen muss, — also auf recht umständlichem, unbequemem und langwierigem Wege, — kann man sich doch nicht der Ansicht verschliessen, dass eine Herabminderung des Minimalbetrags der Aktie dem praktischen Bedürfnisse mehr entspreche. —

Andererseits aber würde es wohl angebracht sein, bei Simultangründungen den Minimalbetrag bedeutend zu erhöhen, schon aus dem Grunde, weil es für sie naturgemässer und gar keine Veranlassung da ist, der wenigen Gründer halber eine so grosse Anzahl Aktien auszugeben ¹⁾).

Den Betrag von 1000 M. haben selbstverständlich die meisten gewählt. 346 derselben gaben Inhaberaktien aus, während 38 sie auf Namen stellten. Der Bundesrat aber wurde nur einmal in der ganzen Zeit angegangen, seine Genehmigung zur Ausgabe von Aktien im Betrage von 200 M. zu gestatten. Dieser Weg ist zu umständlich und für kaufmännische Elemente nicht geeignet. Bemerkenswert ist, dass die erst durch die Novelle von 1884 geschaffene neue Art von Aktien, deren Übertragung an die Zustimmung der Gesellschaft gebunden ist, sich auch Aktienvereine zu Nutzen gemacht haben, die wohl erst in zweiter Linie oder gar nicht durch den geringeren Nominalbetrag dazu bestimmt wurden. Gewiss ist dies in 8 Fällen, von denen bei 6 die Aktien auf 1000 M., bei den beiden anderen auf 3000 M lauten. Ihrem

¹⁾ Es liessen sich hierfür noch weitere Gründe anführen. Doch muss, um den Rahmen dieser Abhandlung nicht zu überschreiten, hierauf verzichtet werden.

Zwecke nach sind es konfessionelle Wohlthätigkeitsanstalten, Gesellschaftslokale besonderer Vereinigungen und — politische Zeitungen. Gerade für letztere sind derartige Aktien gut angebracht. Eine weitere Verbreitung derselben könnte jedenfalls nur erwünscht sein, da von der missbräuchlichen Agiotage dabei nicht die Rede sein kann.

Wie schon erwähnt wurde, hat das Gesetz Stammprioritätsaktien zugelassen. Von der hiermit eingeräumten Befugnis ist auch Gebrauch gemacht worden; ob aber die Ausgabe solcher Aktien aus Gründen der leichteren und besseren Beschaffung des Grundkapitals geschah, ist im allgemeinen zweifelhaft, höchstens lässt sich dies bei Successivgründungen annehmen. Bei den Simultangründungen stellt sich heraus, dass man jene Form nur zu dem Zweck wählte, um den Gründern eine bessere Honorierung zu verschaffen. Von den 25 Gesellschaften, welche neben den Stammaktien sogleich bei der Gründung Stammprioritätsaktien ausgaben, waren nur 4 Successivgründungen (Eisenbahngesellschaften). Die durch das Statut normirte „Priorität“ war sowohl bei diesen 4 als auch bei den 21 andern verschieden. Regel für alle ist Vorgang der Stammprioritätsaktien bei Liquidation und Konkurs. Die Verteilung des Reingewinns unter die verschiedenen Aktienkategorien aber und die Höhe der „prioritätischen Dividende“ — sie schwankt zwischen $3\frac{1}{2}\%$ und 6% — sind fast bei jeder Gesellschaft anders. Die übrigen Abmachungen, lediglich zum Zwecke der Entschädigung oder Belohnung der Gründer vereinbart, lassen sich besser unter Gründergewinn behandeln.

Der Ausgabe von Prioritätsobligationen konnte selbstverständlich auch nichts im Wege stehen und von 7 Aktiengesellschaften wurden bei der Gründung auch Prioritätsobligationen kreiert. Abgesehen von der Gründung einer Eisenbahngesellschaft mit 2,770,000 M, wovon 1,000,000 M in 5⁰/₁₀₀ Prioritäten aufgebracht wurden, war bei den übrigen 6 wieder der Grund, einige Gründer dadurch zu belohnen. Mit den nur geringen Grundkapitalien von 250,000, 300,000 (2), 500,000, 100,000 M wurden grössere Unternehmungen finanziert und den früheren Besitzern und Mitgründern für ihre noch auf den Unternehmen lastenden Hypotheken das Recht gewährt, Hypothekenbriefe auszustellen, die sie nach Belieben begaben und verzinsten, die ihnen selbst aber mit 4¹/₂⁰/₁₀₀ und 5⁰/₁₀₀ verzinst und jährlich mit einem Aufgeld von 2—5⁰/₁₀₀ amortisiert wurden.

Um eine allmähliche Entschädigung der Gründer handelte es sich bei der Ausgabe von sog. Genussscheinen, welche ihren Inhabern einen gewissen Teil des Reingewinns garantierten, ohne dass ein Unterschied in den Aktien gemacht wurde. Diese Genussscheine wurden gemäss den Bestimmungen des Statuts bei 2 Gesellschaften sofort von der Gründung an zum Bezug von Dividenden berechtigt. Bei einer dritten Gesellschaft vertraten die Genussscheine amortisierte Aktien, aber nur in dem Anspruch auf die Dividende. Ein weiteres Aktienrecht besitzen dieselben nicht.

Eine Priorität im gewissen Sinne wurde in einigen Fällen einzelnen Aktionären auch gewährt, ohne dass dies in den Aktien seinen Ausdruck gefunden hätte. Es wurde lediglich im Statut bestimmt, dass der frühere

Besitzer seinen Mitgründern auf die Dauer von einigen Jahren eine gewisse Höhe der Dividende garantiert. In einem Fall wurde er aber für die Übernahme der Garantie insofern entschädigt, als ihm vom übrigen eventuellen Reingewinn 50⁰/₀ zugesichert wurden. Immerhin aber erwecken solche Abmachungen den Anschein, dass der Glaube an die Zukunft des Unternehmens nur bei einem Gründer stark genug war, die Finanzierung durchzusetzen, wozu sich die andern Gründer zunächst wahrscheinlich nicht verstehen wollten.

Revisoren.

Um die Prüfung des Gründungsherganges möglichst gewissenhaft zu gestalten, hat das Gesetz für den Fall, dass Gründer zugleich Mitglieder des Vorstands oder Aufsichtsrats sind, Revisoren vorgeschrieben, die das für die Vertretung des Handelsstandes berufene Organ und in Ermangelung eines solchen Vorstand der Aufsichtsrat zu bestimmen haben. Während die Motive zum Entwurf eine ganze Reihe von Berufen aufzählen, von welchen Personen sich zu diesem Zwecke eignen würden, wurde mannigfach eingeworfen, wegen der Verantwortung würden dies doch nur Leute thun, die nichts zu riskieren hätten und denen man kein Vertrauen schenkte. Die Erwartungen des Verfassers des Gesetzentwurfs aber haben sich erfüllt. Und wenn die Gründungen alle so gut sind, wie der Name der meisten Revisoren klingt, so wird man diesen Umstand freudig begrüßen können. Von den für die Vertretung des Handelsstandes berufenen

Organen haben selbst Mitglieder desselben, also aus der freien Wahl der Geschäftsleute zur Vertretung ihrer Interessen hervorgegangene ehrenwerte und tüchtige Männer, Handelskammerpräsidenten, Handelsrichter, Gewerberäte und Sekretäre von Handelskammern, häufig das Amt eines Revisors übernommen. Gern und oft besorgten es auch Personen, die sich berufsmässig mit Revisionen und dergl. beschäftigen und vom Staate verpflichtet oder besonders dazu geeignet sind, wie vereidigte Bücherrevisoren, Sensale und Rechtsanwälte. Vielfach waren auch andere angesehene Leute aus dem Handelsstande thätig, Kommerzienräte, Bankdirektoren, Bankiers und hohe Bankbeamte, Direktoren von Hütten-, Berg-, Wasser- und Gaswerken, Fabrikanten und Grosskaufleute u. s. w. Selbst das städtische und staatliche Beamtentum ist nicht minder stark vertreten. Bürgermeister und Stadtverordnete, Landräte, Konsuln, Regierungsbaumeister, Bauräte, Hauptleute a. D., einmal sogar ein Contreadmiral a. D. und viele andere. Sie alle haben sich nicht gescheut, für die Wahrheit der Angaben bei der Gründung eine moralische Bürgschaft zu übernehmen. Mehrfach ist es auch laut geworden, dass die Revisoren fast alle Angaben der Gründer richtig gefunden. Anfangs dieses Jahres gelangte sogar an die Handelskammer in Breslau ein Antrag, eine diesbezügl. Bemerkung in den Handelskammerbericht aufzunehmen. Es wurde aber davon Abstand genommen, um das Publikum nicht in eine sorglose Sicherheit einzuwiegen.

Bei vielen Gesellschaften waren gar keine Revisoren nötig. Wenigstens fanden sich bei 93 keine Angaben darüber. Bei der Mangelhaftigkeit der Veröffentlichungen

aber kann man annehmen, dass es doch nicht so viele gewesen sind. Es ist eine Regel mit nur wenig Ausnahmen, dass Vorstand und Aufsichtsrat sich grösstenteils aus der Zahl der Gründer rekrutieren, besonders bei den so häufig vorkommenden qualifizierten Gründungen. Man könnte es ja aus der Veröffentlichung doch ersehen, ob Revisoren notwendig waren oder nicht, wenn nicht auch manchmal gleichzeitig die Angaben von Gründern, Vorstand u. s. w. mangelhaft wären.

Gründergewinn.

Mag auch die Aktiengesellschaft in der neueren Zeit vielfach nur eine Kapitalvereinigung darstellen, deren Zwecke idealer Natur sind, im grossen und ganzen geht der eigentliche Zweck doch dahin, einen Gewinn zu erzielen. Selbst humane Gesellschaften suchen wenigstens marktübliche Zinsen des aufgewendeten Kapitals herauszuschlagen. Das berechtigte und unberechtigte Streben nach Gewinn auf Grund der gegebenen Form des Aktienvereins und in ihr auf gesetzlichen oder wenigstens nicht ungesetzlichen Wegen, dieses Streben hat all das Gute gebracht, was ohne die Aktiengesellschaft kaum erreicht worden wäre, aber auch all das Elend, was die Geschichte der Volkswirtschaft dem Institute der Aktiengesellschaften mit Recht zuschreibt. Das Streben nach unberechtigtem Gewinn durch Beteiligung bei Gründungen unmöglich zu machen, war die nächste Aufgabe der Reform, eine Aufgabe, die um so schwieriger ist, als man kaum im gegebenen Fall als

Unbetheiligter feststellen kann, welches die Grenzen des berechtigten, des scheinbar unberechtigten und des ganz unberechtigten Gewinnes sind, während das Gesetz doch eine allgemeine Norm aufstellen sollte. Indem er die Unmöglichkeit einsah, hier, dem praktischen Bedürfniss entsprechend, richtige Grenzen ziehen zu können, lässt der Gesetzgeber die Gründer beanspruchen, was sie wollen, giebt aber den Interessenten durch strenge Vorschriften über Offenlegung und Begründung der Gründeransprüche genügend Gelegenheit, sich davon zu überzeugen und zu beurteilen, ob auf Grund des betreffenden Materials die Billigkeit der Ansprüche erwiesen und sie einen gewinnbringenden Betrieb des Unternehmens in Aussicht stellen. So sollte der Boden, auf dem der Gründeregoismus und der Egoismus der übrigen Aktionäre sich begegnen, klarer gelegt werden, und damit die dann erzielte Einigung sowohl Gründern und Aktionären von Nutzen sein. Die Erfahrungen der seit der Reform vergangenen Jahre, besonders der jüngsten Zeit, zeigen aber zur Genüge, dass das Gesetz diesen offenen Kampf des beiderseitigen Egoismus nicht immer herbeizuführen vermochte und sich somit in diesen Fällen teilweise als fruchtlos erwies. Für Gründer, die sich mit dem bei der Gründung beanspruchten Gewinn nicht begnügen wollen, finden sich immer noch gesetzliche Formen sowohl im Aktien- als auch im Börsengesetz, die ihrem Egoismus so sehr zu statuten kommen, dass es nur von ihrer Ehrlichkeit und ganz besonders von ihren Ansichten über die Berechtigung zu dem gewünschten Gewinn und der rechtmässigen Art und Weise seiner Verwirklichung abhängt, ob die Aktionäre getäuscht sind oder nicht. Über die Berechtigung

des Gründergewinns und den Grund des ausdrücklich gesetzlich zugelassenen Anspruchs auf Gründungsaufwand enthalten die Motive zum Entwurf eine längere Ausführung, aber lediglich in Bezug auf Neugründungen. Selbstverständlich ist auch bei den Fortbetrieben, durchgehends qualifizierten Gründungen, ein für sich bestehender Gründungsaufwand gestattet, der eigentlich unter „Geschäft“ aufgeführt werden könnte und müsste. Gerade bei den Finanzierungen bestehender Unternehmungen ist ein Gründergewinn um so eher berechtigt, als der Unternehmer doch kaum einen Grund haben dürfte, die Früchte der Arbeit während der besten Zeit seines Lebens, ja vielleicht mehrerer Generationen, eine Anzahl ihm persönlich fernstehender Kapitalisten geniessen zu lassen. Ganz gewiss ist er berechtigt, einen Teil des zukünftigen Gewinns für sich zu beanspruchen, jedenfalls aber nicht den ganzen Gewinn oder gar mehr als diesen. Er ist nicht berechtigt mit der Finanzierung seines Unternehmens einen Gewinn zu verbinden, der Vermögensverlusten seiner Besitznachfolger entspringt. Die gesetzlichen Vorschriften in dieser Beziehung genügen, um der Befriedigung unberechtigter Gewinnsucht im Gründungsstadium selbst Schranken aufzulegen, sie können aber nicht verhüten, dass durch die Wahl der geeigneten Gründungsform die Vorbereitung getroffen wird, bei späterer günstiger Gelegenheit dieser Befriedigung reichlich Raum zu gewähren.

Es mag wohl eine grosse Anzahl von Aktiengesellschaften in Form der Simultangründung entstanden sein, weil diese am besten der Natur der Sache entsprach oder weil man den langwierigen Weg der Successiv-

gründung scheute; man wird aber doch mit gutem Recht, schon mit Rücksicht auf die täglichen Erscheinungen im Gesellschaftsleben, die Behauptung aufstellen können, dass die Form der Simultangründung auch recht häufig nur aus dem Grunde gewählt wurde, um einen höheren Gründergewinn zu erzielen, ganz abgesehen von denen, die sich die Gelegenheit dazu auch ohne die vorherige Absicht nicht entgehen liessen. Diese Gelegenheit aber gewähren neben günstiger Conjunktur die Börsenverordnungen aller Plätze, welche keine Vorschriften darüber enthalten, wann eine Aktie als Börsenwaare geeignet ist, wann nicht. Sozusagen jede Gesellschaft kann sich für ihre Aktien die Vorteile des offenen Markts zu Nutzen machen und in seiner Organisation Einrichtungen finden, die, an sich vortrefflich, für sie die Fundgrube reichen und zumeist unberechtigten, den gesamten Volkswohlstand schädigenden Gewinnes werden. In der Organisation der Börse und der Möglichkeit der Simultangründung liegen die Ursachen, wegen derer die Novelle von 1884 nicht ganz erreichen konnte, was der Zweck ihrer Entstehung war. Nur teilweise ist das Ziel erreicht. Die Novelle hat den Vorteil gebracht, dass die Unternehmungen selbst auf ziemlich sicheren Grundlagen erstehen konnten und ihre Existenz und Zukunft nicht durch betrügerische Manipulationen bei der Gründung gefährdet oder unmöglich gemacht wurden.

Diese Manipulationen selbst haben sich zwar auch nach Erlass des Gesetzes erhalten, aber das Feld ihrer Thätigkeit ist von den eigentlichen Gründungsvorgängen getrennt, ist auf das Gebiet der Börse beschränkt, aber doch noch fruchtbar genug. Von

den wenigen Gründungen abgesehen, deren Aktien sogleich nach der Gründung auf den Markt gebracht wurden, kann man wohl auf die Reellität der andern Gründungen um so mehr vertrauen, als es ja im Interesse der Gründer selbst, die später ihre Aktien gut verkaufen wollen, liegt, zur Zeit der Kotierung das Unternehmen in möglichst günstigem Lichte erscheinen zu lassen. In der Regel aber konnte dies nur da der Fall sein, — Betrug freilich ausgeschlossen — wo bei der Gründung die eingebrachten Werte nicht zu hoch abgeschätzt wurden und so der reiche Gewinn des Unternehmens besser hervortrat. Die Aktionäre, noch identisch mit den Gründern und in der Regel im Besitz der Vorstands- und Aufsichtsratsposten, begnügen sich oft sogar „zur besseren Sicherung des Unternehmens“ mit einer geringeren Dividende, indem sie Reservefond, sowie Delcredere- und Erneuerungs- (Abschreibungs) Conto reichlicher dotieren, als Statut und Gesetz es vorschreiben. Glaubt man den Zeitpunkt für gekommen, wo man seine Aktien „preiswürdig“ an den Markt bringen kann, so ist bald ein Emissionshaus gefunden, welches die Kotierung an der Börse beantragt. Die mit der Ankündigung veröffentlichte Bilanz weist in der Regel gegen früher eine erhebliche Steigerung der Dividende auf, so dass die zunehmende „Prosperität“ des Unternehmens ausser Zweifel ist. Bei näherer Betrachtung der sog. „Auflegedividende“ und der Bilanz ergibt sich jedoch oft, dass der Gewinn insgesamt doch nicht im Verhältnis der Dividende gestiegen, sondern die Steigerung dieser zum Teil auf der von der früheren Art verschiedenen Verteilung des Reingewinns beruht. Nachdem Genügendes über das

neue Unternehmen in die Öffentlichkeit gedrungen, gelangen die Aktien zur Subscription und in der Regel gleichzeitig zur Kotierung. Dass man die Aktien nun nicht al pari, sondern mit Agio begiebt, ist selbstverständlich. Dazu berechtigen das nach der Bilanz das Grundkapital nun übersteigende Grundvermögen, der Reservefond, der geringe übliche Zinsfuss im Vergleich zur Dividende und die Hoffnung auf die „Zukunft“ des Unternehmens garantiert durch einige Jahre seines Bestehens.

An alle dem ist nichts zu tadeln. Wie aber verhält sich das ausgeschriebene Grundkapital zu der wirklich zur Subscription aufgelegten Summe und ihrer Zuteilung? In die Öffentlichkeit dringt weiter nichts, als dass das Kapital — welches? das Grundkapital? oder das aufgelegte? — so und so viel mal überzeichnet ist und die meisten Zeichner leer ausgegangen. Die gewünschte Folge tritt ein; die enttäuschten Zeichner suchen sofort am offenen Markt die betreffenden Aktien zu kaufen. Nun beginnt für die Gründer — jetzt zwar in der Eigenschaft als Grossaktionäre — die Zeit der Ernte. Von den Aktien war nur ein geringer Bruchteil bis herunter zu $\frac{1}{5}$ ja $\frac{1}{7}$ des Grundkapitals zur Zeichnung aufgelegt. Davon reserviert sich das Emissionshaus noch einen Teil und die übrigen gehen in der Regel vorläufig in feste Hände über, da der sofort steigende Kurs die „berücksichtigten“ Zeichner eine weitere Steigerung erwarten lässt. Auch ist der zugeteilte Betrag zu gering, um sofort den Kursgewinn zu realisieren. So sind nun die Gründer sozusagen die einzigen, welche Aktien verkaufen. Dass dies nicht nach Bedarf geschieht, sondern die Verkäufe häufig auf die

Täuschung des Publikums abzielende Manipulationen sind, weiss jeder Kundige. Nur geringe Posten werden, wenn Käufer vorhanden sind — je nach Art des Abschlusses auch grössere — abgegeben. Die stetige Kurssteigerung, die so bewirkt wird, erregt aber bald die Aufmerksamkeit der Kapitalisten. Der Markt wird „kaufkräftiger“ für die betr. Aktien und man kann mit schnellerer Begebung vorgehen. Ehe man sich der Aktien vollständig entledigt hat, wird ein Kurssturz durch „Aufkaufen des flottanten Materials“ vermieden. Erleichtert wird den Gründern, die in der Regel gemeinschaftlich vorgehen, diese Manipulation oft durch den geringen Betrag des Grundkapitals, welcher sie in die Lage versetzt, wenn nötig wieder alle Aktien aufzunehmen, falls es ihnen dienlich wäre. Haben sie Geld nötig, so könnten sie Aktien eventuell lombardieren, oder sich sonst leicht helfen. Übersteigt das Grundkapital nicht bedeutend die Geldmacht der wenigen Gründer, so bilden die Aktien, einmal mit dem Vorrecht ausgestattet, an der Börse notiert und gehandelt zu werden, wenigstens in der ersten Zeit der Einführung eine Monopolwaare in der Hand der Gründer, die nach Belieben, wenn auch nur bis zu einer gewissen Höhe, aber doch in weiten Grenzen, Preise dafür machen können. Tagtäglich spielen sich diese Vorgänge an unseren Börsen ab und die letzte Periode hat vielfach Veranlassung gegeben gegen diese verwerfliche Agiotage zu eifern. Das vorgeschlagene und von der Berliner Börsenkommission auch in Erwägung gezogene Mittel, kleine Aktiengesellschaften von der Kotierung auszuschliessen, wird kaum etwas fruchten. Die wahrscheinliche Folge würde sein, dass neue Crédit-Mo-

bilier-Banken entständen, welche die Werke aufkauften und Aktien dafür ausgaben, die erst recht ein Spielpapier würden.

Die eben besprochene Art der Verwirklichung des Gründergewinns wird nur zum geringen Teil Anspruch auf Rechtmässigkeit machen können. Eher, wenn auch nicht immer, können dies andere Arten, welche bei der Gründung von Aktiengesellschaften üblich geworden sind. Ziemlich häufig ist es der Fall, dass Gründer in die Stellen des Vorstands und des Aufsichtsrats einrücken. Während die Mitglieder des letzteren einen zeitweiligen, oft recht einträglichen Gewinnanteil beziehen, gelangen die Vorstandsmitglieder durch die Gründung oft zu einer mit reichem Einkommen versehenen ehrenvollen Lebensstellung. Ihre eigene Existenz ist mit der der Aktiengesellschaft verbunden und sie werden somit bei der Gründung um so eher Sorge getragen haben, dass das Unternehmen gesetzlich und wirtschaftlich gut fundiert wurde, wie es auch ihr späteres Bestreben sein wird, das Geschäft zur Zufriedenheit der Aktionäre zu führen. Es wird in der Regel dem Unternehmen zum Vorteil gereichen, wenn Vorstand und Aufsichtsrat aus der Zahl der Gründer hervorgegangen sind.

Einen besonderen entgeltlichen Gründergewinn erkennt das Gesetz an, nur will es ihn als solchen den Beteiligten genannt und begründet wissen. Es ist aber ein recht vielen Menschen eigentümlicher Wunsch, die anderen nicht wissen zu lassen, wie viel sie verdienen. Dies ist bei vielen, ja den meisten Gründern der Fall. Auf die jeweilige Ursache davon soll hier nicht

eingegangen werden; doch verdient die Erscheinung bemerkt zu werden, dass von 495 Gesellschaftsverträgen nur in 63 ein Anspruch auf „Gründungsaufwand“ gemacht wird. Bei den übrigen ist für die notwendigen Unkosten der Vorbereitungen u. s. w. keine Entschädigung, geschweige gar eine Belohnung beansprucht worden. Die Vermutung, dass eine versteckte Belohnung vorliege, welche anderweit zu sichern wäre, zumal es sich um so viele qualifizierte Gründungen handelt, kann nicht falsch sein. Eine Art, wie es möglich ist, bei der Gründung nicht ohne Gewinn auszugehen, ohne dass ein aus den Gründungsakten ersichtlicher Anspruch darauf erhoben wird, wurde oben besprochen. Dies mag häufiger vorkommen als der vom Gesetz vorgesehene Fall. Für letzteren haben sich eine ganze Reihe Formen ausgebildet, die wohl früher in dieser Mannigfaltigkeit nicht bestanden haben. Teilweise liessen sich die Gründer sofort, teilweise allmählich von der gegründeten Gesellschaft entschädigen. Nur bei 20 Gesellschaften fand eine sofortige Entschädigung der Gründer statt. Davon bestand bei 10 diese Entschädigung nur in der Zurückerstattung der Gründungsunkosten. Die aufgewendeten Barbeträge schwanken zwischen 150 und 34400 M. Bei allen sind darin die Kosten für die Aktien, für Stempel- und Notariatsgebühren, Einholung von Koncessionen und Ausarbeitung von Plänen, bei einigen auch kleinere Abfindungssummen für einzelne Rechte und Anzahlungen enthalten.

Einen ausdrücklichen sogleich zahlbaren Gründerlohn beanspruchen einzelne Gründer der andern 10 Gesellschaften. Die eigentlichen eben erwähnten Entschädigungen

hatten nur in bar bestanden. Hier aber wurden sowohl Bargeld, als auch Aktien angenommen. Zweimal kommen Summen von je 200,000 M und 100,000 M vor, die übrigen sind alle unter 50,000 M, so dass bei dem Gesamtgrundkapital von 7,542,000 M der in Frage stehenden Gesellschaften der Gesamtgründungsaufwand nur 377,650 M oder 6,35⁰/₁₀₀ des Grundkapitals ausmacht. Diese Beträge wurden zum kleineren Teil als blosse Provision, zum grösseren Teil für Überlassung von Patenten und Rechten, des „Geschäfts“ u. s. w. in Rechnung gebracht.

Obige Summen sind gewiss nicht danach angethan das Fortkommen der Unternehmen zu gefährden, aber dennoch muss einer anderen Art der Erzielung berechtigten Gründergewinns der Vorzug gegeben werden. Eine allmähliche, dem stetigen Zuwachs des Geschäfts und Gewinns der Unternehmen entsprechende Entnahme des Gründerlohns, gemäss einer vorherigen Vereinbarung im Statut, ist jedenfalls für beide Teile, Gründer und Gesellschaft, in den meisten Fällen am vorteilhaftesten. 43 Gesellschaften gingen eine allmähliche Entschädigung an die Gründer mit denselben ein, und zwar auf 7 der Hauptsache nach verschiedene Arten.

Durch jährliche Abtragung einer Barsumme entledigte sich nur eine Gesellschaft ihrer diesbezüglichen Pflichten gegen die betreffenden Gründer. Bei einem Grundkapital von 780,000 M handelte es sich um eine 5malige jährliche Abtragungssumme von je 12,000 M als Entschädigung für Aufgabe eines Konkurrenzgeschäfts seitens zweier Gründer.

Sechs andere Gesellschaften gewährten Tantiemen in verschiedenen Prozentsätzen und nach Vorwegnahme eines Teils des Reingewinns in der Höhe, wie es im Statut vereinbart wurde. Die Tantième betrug 2—25⁰/₀; ihr Bezug, der nach der Zeitdauer auch verschieden war, erstreckte sich auf eine Reihe von 10 bis zu 20 Jahren.

In der Einräumung von Aktienvorrechten wurde ebenfalls ein Mittel, und wie es scheint, ein recht beliebtes Mittel gefunden, die Gründer für ihre Bemühungen zu belohnen oder ihnen für ihre „Apports“ eine gute Bezahlung zu gewähren. Die einzelnen Abmachungen über die Vorrechte gewisser Aktienkategorien sind verschieden. Jedes Statut enthält andere Bestimmungen, sowohl über die Höhe der „prioritätischen Dividende“ als auch über die Vorrechte der Stamm-Prioritäts-Aktien — so heissen die bei der Gründung ausgegebenen bevorzugten Aktien — bei Liquidation, Konkurs und Fusion, Kapitalerhöhung oder teilweiser Kapitalrückzahlung. Die Vorzugsdividende beträgt 3¹/₂—6⁰/₀. In einem Fall ist sie das einzige Vorrecht der Aktie und auch nur auf so lange Zeit bis die Gesamtsumme derselben einen gewissen Betrag erreicht hat. Eine andere Gesellschaft gewährte den Prioritätsaktien nur das Recht des Vorgangs bei der Liquidation. Der Hauptvorzug der Prioritätsaktien besteht aber nicht allein in ihren verbrieften Rechten gegenüber der Gesellschaft und den andern Aktionären, sondern mehr in der leichteren Möglichkeit, die Aktien an der Börse oder unter der Hand mit grösserem Agio als die andern Aktien zu verkaufen. Das Gesetz hatte mit der Zulassung der Stamm-

prioritätsaktien vor allen Dingen im Auge, den Gründern eine leichtere Kapitalbeschaffung zu ermöglichen und von Anfang an schon den Reservefond mit dem eventuell erzielten Agio zu dotieren. Es wurden aber lediglich — ein Fall ausgenommen — Stamm-Prioritätsaktien zum Vorteil der Gründer geschaffen. In zweiter Linie kommt dies auch der Gesellschaft zu gute, indem die Gründer doch jedenfalls ihre Ansprüche deshalb niedriger stellten. Selbstverständlich wurden den Gründern Stamm-Prioritäts-Aktien al pari angerechnet. Auch eine Successivgründung, welche dieselben zur Zeichnung auflegte, begab sie al pari. Im ganzen waren es 25 Gesellschaften, welche verschiedene Aktien ausgegeben haben.

Oben wurde schon erwähnt, dass auf den in Aktiengesellschaften umgewandelten Unternehmen häufig grössere Hypotheken zu Gunsten der früheren Besitzer lasten blieben. Hierfür liessen sich diese — die ja immer zu den Gründern zählen — ebenfalls entschädigen und zwar mit dem Rechte auf Ausgaben von Hypothekenspfandbriefen. (Siehe unter „Aktie“). Ihr Gewinn bestand in der Differenz zwischen dem Zinsfuss der Pfandbriefe und demjenigen, welchen ihnen die Aktiengesellschaft bezahlte. Ausserdem gewannen sie noch das Agio von 2—5⁰/₀, mit welchen die Pfandbriefe von der Gesellschaft zurückbezahlt wurden. Noch gewinnbringender ist die Rückzahlung der Hypotheken in bar oder Aktien nach einer Kapitalerhöhung, falls die Hypothekargläubiger noch im Besitz einer erheblichen Anzahl Aktien sind. Hier erfolgt die Ausgabe der neuen Aktien stets mit Agio. Der Hypothekargläubiger kann nun sowohl einen Teil

der jungen Aktien von der Gesellschaft zu einem „civilen Preis“ erhalten und sie dann besser verkaufen, oder er kann, in bar abgefunden, insofern einen Gewinn machen, als die in seinem Besitz befindlichen Aktien im Verhältniss mindestens um so viel steigen, als dem Reservefond durch das Agio der jungen Aktien zufließt.

Es bleibt nun noch übrig, einige besondere Abmachungen über den Gründerlohn hier anzuführen, sei es auch nur ihrer Abnormität halber. So bestimmte das Statut einer Gesellschaft mit 56,000 M Grundkapital, wovon die Hälfte Stamm-Prioritäts-Aktien waren, dass zwei von den Vorstandsmitgliedern aus der Reihe der Besitzer von Stamm-Prioritäts-Aktien gewählt würden. Eine weitere Bestimmung war, dass die Vorrechte dieser Aktien aufhörten, sobald ihr jeweiliger erster Besitzer starb; also handelt es sich hier — da es eine Simultangründung war — nur um einen Gründervorteil. Bei einer andern Gesellschaft ist ein Vorzug in einen Teil der Aktien derart gelegt, dass sie ohne vollgezahlt zu sein, wie der andere Teil, dennoch als vollbezahlt bei der Verteilung der Dividende gelten. In diesem Falle ist es wieder ein Gründerlohn, den der frühere Besitzer und einzige Übernehmer der vollbezahlten Aktien seinen Gründergenossen, welche die andern Aktien besitzen, einräumt. Dieser bloss eventuelle, je nach dem Ausfallen der Dividende sich gestaltende Vorzug ging bei einigen andern Gründungen über zur Garantie einer bestimmten Dividende. Das Nähere hierüber wurde oben unter „Aktie“ ausgeführt.

S c h l u s s.

An früherer Stelle ist schon gesagt worden, dass aus den Gründungsvorgängen allein die Gesamtwirkung des Gesetzes sich nicht beurteilen lasse. Man wird aber doch behaupten können, dass die Novelle von 1884 einen weiten Schritt vorwärts in der Besserung unseres Aktienwesens gemacht hat. Wäre das Gesetz nicht vorhanden, so kann man es als sicher betrachten, dass die eben noch zum Teil bestehende Hausse-Periode zu einer Epoche geworden, ähnlich der von 1872 und 1873, wenn auch an Umfang nicht so gross. Die günstigen Faktoren dafür sind vorhanden. Waren es damals die französischen Milliarden, welche den grossen Geldüberfluss erzeugten, so sind es heutzutage neben der unzweifelhaft eingetretenen grösseren Vermehrung des Privatvermögens, die grossen Ersparnisse an effektivem Geld durch die enorme Zunahme des Check- und Giroverkehrs, der erfreulicher Weise immer weitere Kreise erfasst. Dass die grossen deshalb brach liegenden Barsummen der Banken und Bankiers nun Verwendung suchen ist natürlich. Ob sie aber immer richtig verwandt und nicht auch solchen Zwecken dienlich gemacht werden, welche die Volkswirtschaft schädigen, ist bei der stets zunehmenden Sucht möglichst

schnell grosse Reichtümer zu erwerben, nicht leicht zu bejahren. Den zu befürchtenden Missbräuchen aber hat das neue Gesetz einen Damm entgegengesetzt, der zwar immer noch nicht wegen der unseren Börsen anhaftenden Mängel, genügenden Schutz gewährt, der aber doch auf dem eigentlichen Gründungsgebiet sich als nützlich erweist. Dies ist nicht zu verkennen. Weitaus die meisten Gründungen besitzen genügende Grundlagen zum gewinnbringenden Weiterkommen; gleichzeitige oder kurz nacheinander folgende Gründungen von Konkurrenzunternehmungen sind wegen der damit verbundenen Verantwortung und der Aussichtslosigkeit auf lohnenden Gewinn unterblieben; man hat auch nichts von sogenannten „Seifenblasen-Gründungen“ gehört, an denen in früheren „Aufschwungsperioden“ nie Mangel war; und im Gegensatz hierzu scheinen volkswirtschaftlich wichtige Unternehmungen, deren einige mit bedeutendem Risiko entstanden sind, nicht unterdrückt worden zu sein.

Die Erhöhung des Minimalbetrags der Aktie hat zwar ihren Zweck verfehlt und die Simultangründung Gelegenheit zu betrügerischen Börsenoperationen gegeben. Doch steht auch hier der Kapitalist nicht ohne einen Schutz da, der ebenfalls im Gesetze begründet ist. Jederzeit kann die Prüfung der Urkunden über die Gründung erfolgen. Vermag er es nicht selbst, so kann er die Vermittlung und den Rat eines gewissenhaften Bankiers in Anspruch nehmen, dessen Benutzung so wie so bei der fortwährend steigenden Zahl und Verschiedenheit der Börsenwerte für den Laien unbedingt notwendig wird. Sache des Bankiers aber wird es sein, sich neben der geschäftlichen Routine diejenigen volkswirtschaftlichen und

juristischen Kenntnisse zu erwerben, die ihn befähigen, jenem Anspruch in jeder Weise gerecht zu werden. Auch bei einer weiteren Verbesserung des Aktiengesetzes werden diese beiden Notwendigkeiten bestehen bleiben.



Statistik.

Hauptbetriebszweige der Gesellschaften in systematischer Ordnung der Gewerbe.

- I. Landwirtschaft, Viehzucht (Sport) u. s. w.
- II. Fischerei.
- III. Bergbau, Hütten- und Salinenwesen.
- IV. Industrie der Steine und Erden.
- V. Metallverarbeitung.
- VI. Maschinenbau, Werkzeugfabrikation u. s. w.
- VII. Chemische Industrie.
- VIII. Industrie der Heiz- und Leuchtstoffe.
- IX. Textilindustrie.
- X. Papier- und Lederindustrie.
- XI. Industrie der Holz- und Schnitzstoffe.
- XII. Industrie der Nahrungs- und Genussmittel.
- XIII. Industrie für Bekleidung und Reinigung.
- XIV. Baugewerbe.
- XV. Polygraphische Gewerbe.
- XVI. Künstlerische Betriebe für gewerbliche Zwecke.
- XVII. Handelsgewerbe.
- XVIII. Verkehrsgewerbe.
- XIX. Beherbergung und Erquickung.
- XX. Diverse.

NB. Vorstehende Aufstellung ist den Anlagen des Entwurfs zur Aktiengesetznovelle vom 18. Juli 1884 entnommen.

In allen folgenden Aufstellungen entsprechen die römischen Zahlen obigen Hauptbetriebszweigen.

Gesamt-Zahl und -Grundkapital der Gründungen von 1884—1888

nach ihren Hauptbetriebszweigen geordnet:

[illegible]

Gesamt-Zahl und -Grundkapital der Gründungen von 1884—1888

nach ihren Hauptbetriebszweigen geordnet:

Betriebs- zweig	1884		1885		1886		1887		1888	
	Zahl	Grundkapital	Zahl	Grundkapital	Zahl	Grundkapital	Zahl	Grundkapital	Zahl	Grundkapital
XI.			1	80,000	2	400,000			4	3,515,000
XII.	1	210,000	14	15,747,000	24	20,692,000	37	27,154,500	47	32,382,000
XIII.					1	900,000	3	1,980,000	1	1,000,000
XIV.					9	11,810,000	4	4,568,000	7	6,450,000
XV.	2	520,000	2	497,000	3	1,107,000	4	2,186,000	6	2,707,600
XVI.									1	1,000,000
XVII.	1	2,000,000	10	14,580,000	17	29,255,000	14	25,861,600	11	27,149,900
XVIII.	3	1,935,000	7	4,232,900	17	14,337,000	13	9,515,000	10	16,295,000
XIX.	3	113,000	7	1,008,000	13	2,262,100	14	2,861,200	13	3,749,000
XX.			2	70,000	1	60,000	3	5,650,000	10	2,991,000

Gründungen.

1884.

Neugründungen:

Successivgründungen				Simultangründungen			
	Betriebs- zweig	Zhl.	Grundkapital		Betriebs- zweig	Zhl.	Grundkapital
	XVIII.	1	1,000,000		I.	1	9,000
	XIX.	1	60,000		VII.	1	300,000
					XVII.	1	2,000,000
					XVIII.	2	935,000
					XIX.	2	53,000
Sme.		2	1,060,000			7	3,297,000

Fortbetriebe:

Successivgründungen				Simultangründungen			
	Betriebs- zweig	Zhl.	Grundkapital		Betriebs- zweig	Zhl.	Grundkapital
Keine					I.	1	19,800
					VIII.	2	2,740,000
					IX.	4	1,525,000
					XII.	1	210,000
					XV.	2	520,000
				Sme.		10	5,014,800

Gründungen. 1885.

Neugründungen

Fortbetriebe

Betriebs- zweig	Successivgdg.		Simultangdg.		Successivgdg.		Simultangdg.	
	Nr.	Grdkapital	Nr.	Grdkapital	Nr.	Grdkapital	Nr.	Grdkapital
I.			2	55,000				
II.								
III.							3	1,500,000
IV.							4	1,450,000
V.							1	245,000
VI.							5	2,273,000
VII.							5	12,255,000
VIII.	1	170,000					3	750,000
IX.							2	453,000
X.			1	200,000				
XI.					1	1,000,000	1	80,000
XII.			1	230,000	1	157,000	12	15,360,000
XIII.								
XIV.								
XV.			1	488,000			1	9,000
XVI.								
XVII.			5	4,990,000	2	1,050,000	4	9,540,000
XVIII.	1	700,000	4	472,900			2	3,060,000
XIX.	2	220,000	4	412,000			1	376,000
XX.			1	40,000	1	30,000		
Sme.	4	1,090,000	19	6,888,400	5	2,237,000	44	47,351,000

Gründungen.

1886.

Neugründungen

Fortbetriebe

Betriebs- zweig	Successivgdg.		Simultangdg.		Successivg.		Simultangdg.	
	Zhl.	Grdkapital	Zhl.	Grdkapital	Zhl.	Grdkapit.	Zhl.	Grdkapital
I.	1	15,800	1	45,000				
II.								
III.							2	950,000
IV.			1	60,000			6	2,992,000
V.							2	1,500,000
VI.							6	10,695,000
VII.							3	5,200,000
VIII.			1	180,000			1	300,000
IX.							8	5,952,000
X.							3	4,370,000
XI.							2	400,000
XII.							24	20,692,000
XIII.							1	900,000
XIV.			7	5,710,000			2	6,100,000
XV.							3	1,107,000
XVI.								
XVII.	2	1,150,000	13	27,675,000			2	430,000
XVIII.	3	4,955,000	4	2,490,000	1	33,000	9	6,859,000
XIX.	1	13,200	8	1,953,700	1	60,000	3	235,200
XX.			1	60,000				
Sme.	7	6,134,000	36	38,173,700	2	93,000	77	68,682,200

Gründungen.

1887.

Neugründungen

Fortbetriebe

Betriebs- zweig	Successivgr.		Simultangdg.		Successivgdg.		Simultangdg.	
	Nr.	Grdkapit.	Nr.	Grdkapital	Nr.	Grdkapital.	Nr.	Grdkapital.
I.			2	187,000				
II.								
III.							7	13,262,000
IV.					1	600,000	10	6,205,000
V.							1	4,800,000
VI.							3	2,050,000
VII.							2	850,000
VIII.								
IX.							6	8,920,000
X.								
XI.								
XII.					1	350,000	36	26,804,500
XIII.							3	1,980,000
XIV.			1	62,000			3	4,506,000
XV.							4	2,186,000
XVI.								
XVII.			6	23,002,000	2	800,000	6	2,059,600
XVIII.	2	875,000	7	6,780,000			4	1,860,000
XIX.	1	22,000	5	263,200			8	2,576,000
XX.			1	150,000			2	5,500,000
Sme.	3	897,000	22	30,444,200	4	1,750,000	95	83,559,100

Gründungen.

1888.

Neugründungen

Fortbetriebe

Betriebs- zweig	Successivgr.		Simultangdg.		Successg.		Simultangdg.	
	Nr.	Grdkapit.	Nr.	Grdkapital	Nr.	Grdkap.	Nr.	Grdkapital
I.			3	1,256,900			1	500,000
II.					Keine		1	500,000
III.							7	23,050,000
IV.							10	9,120,000
V.							8	9,720,000
VI.							5	3,055,000
VII.							3	1,550,000
VIII.							1	500,000
IX.							5	6,117,000
X.							4	2,704,000
XI.			1	15,000			3	3,500,000
XII.	1	150,000	1	900,000			45	31,432,000
XIII.							1	1,000,000
XIV.			4	400,000			3	6,050,000
XV.							6	2,707,600
XVI.							1	1,000,000
XVII.			7	22,449,900			4	4,700,000
XVIII.			6	13,870,000			4	2,425,000
XIX.			7	733,000			6	3,016,000
XX.			7	1,421,000			3	1,570,000
Sme.	1	150,000	36	41,045,800			121	114,216,600

G r u n d k a p i t a l.

Zusammenstellung der höchsten (H), geringsten (M)
und durchschnittlichen (D) Beträge der Grund-
kapitalien.

A. S u c c e s s i v g r ü n d u n g e n.

1884	{	H	1,000,000	(XVIII.)
		M	60,000	(XIX.)
		D	530,000	
1885	{	H	1,000,000	(IX.) (XVII.)
		M	30,000	(XX.)
		D	369,667	
1886	{	H	2,375,000	(XVIII.)
		M	13,200	(XIX.)
		D	691,888	
1887	{	H	700,000	(XVIII.)
		M	22,000	(XIX.)
		D	378,142	
1888	{	H		
		M	1 Gr. 150,000	(XII.)
		D		
1884/88 überhaupt	{	H	2,375,000	(1886)
		M	13,200	(1886)
		D	478,964.	

G r u n d k a p i t a l.

Zusammenstellung der höchsten (H), geringsten (M)
und durchschnittlichen (D) Beträge der Grund-
kapitalien.

B. Simultangründungen.

1884	{	H	2,240,000	(VIII.)
		M	3,000	(XIX.)
		D	488,929	
1885	{	H	10,000,000	(VII.)
		M	9,000	(XV)
		D	860,942	
1886	{	H	10,000,000	(XVII.)
		M	1,000	(XIX.)
		D	945,627	
1887	{	H	10,000,000	(XVII)
		M	2,000	(XVII.)
		D	974,387	
1888	{	H	20,000,000	(XVII.)
		M	6,000	(XIV.)
		D	988,932	
1884/88	{	H	20,000,000	(1888)
		M	1,000	(1886)
		D	939,342.	

Grundkapital.

Zusammenstellung der höchsten (H), geringsten (M)
und durchschnittlichen (D) Beträge der Grund-
kapitalien.

C. Neugründungen.

1884	{ H	2,000,000	(XVII.)
	{ M	3,000	(XIX.)
	{ D	484,111	
1885	{ H	2,400,000	(XVII.)
	{ M	10,040	(XIX.)
	{ D	346,886	
1886	{ H	10,000,000	(XVII.)
	{ M	1,000	(XIX.)
	{ D	1,030,411	
1887	{ H	10,000,000	(XVII.)
	{ M	2,000	(XVII.)
	{ D	1,265,648	
1888	{ H	20,000,000	(XVII.)
	{ M	6,000	(XIV.)
	{ D	1,113,400	
1884/88	{ H	20,000,000	(1888)
	{ M	1,000	(1886)
	{ D	942,920.	

G r u n d k a p i t a l.

Zusammenstellung der höchsten (H), geringsten (M)
und durchschnittlichen (D) Beträge der Grund-
kapitalien.

D. Fortbetrie b e.

1884	{ H	2,240,000	(VIII.)
	{ M	3,000	(XIX.)
	{ D	501,480	
1885	{ H	10,000,000	(VII.)
	{ M	9,000	(XV.)
	{ D	1,012,000	
1886	{ H	9,000,000	(VI.)
	{ M	23,000	(XV.)
	{ D	870,572	
1887	{ H	8,000,000	(III.)
	{ M	10,000	(XV.)
	{ D	861,738	
1888	{ H	10,000,000	(VII.)
	{ M	10,000	(XV.)
	{ D	943,938	
1884/88	{ H	10,000,000	(1885 u. 1888)
	{ M	3,000	(1884)
	{ D	901,937.	

Aktie.

Inhaber-Aktien

Minim. Betrag	1884 Zahl der Ges.	1885 Zahl der Ges.	1886 Zahl der Ges.	1887 Zahl der Ges.	1888 Zahl der Ges.	Sa.
1000	7	39	81	93	126	346
1200			1			1
2000	1					1
3000					2	2
4000		1				1
5000		1		1	1	3

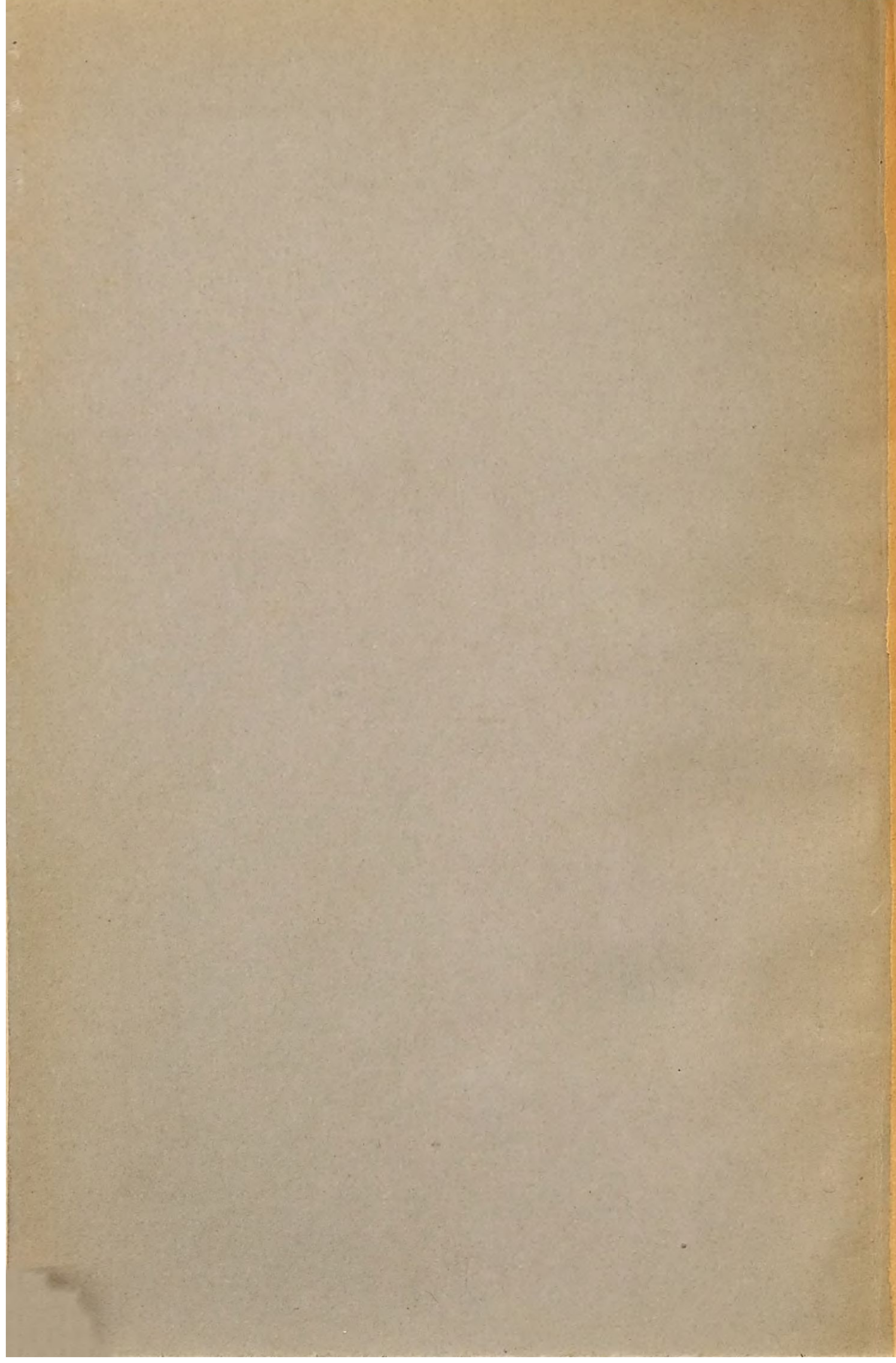
Namens-Aktien

Minim. Betrag	1884	1885	1886	1887	1888	Sa.
1000	2	5	16	9	6	38
1200		1	1			2
1500		1				1
2000	2	1	3	1		7
2500	1					1
3000		1	2			3
5000	1	1	2	1	1	6
6000				1		1

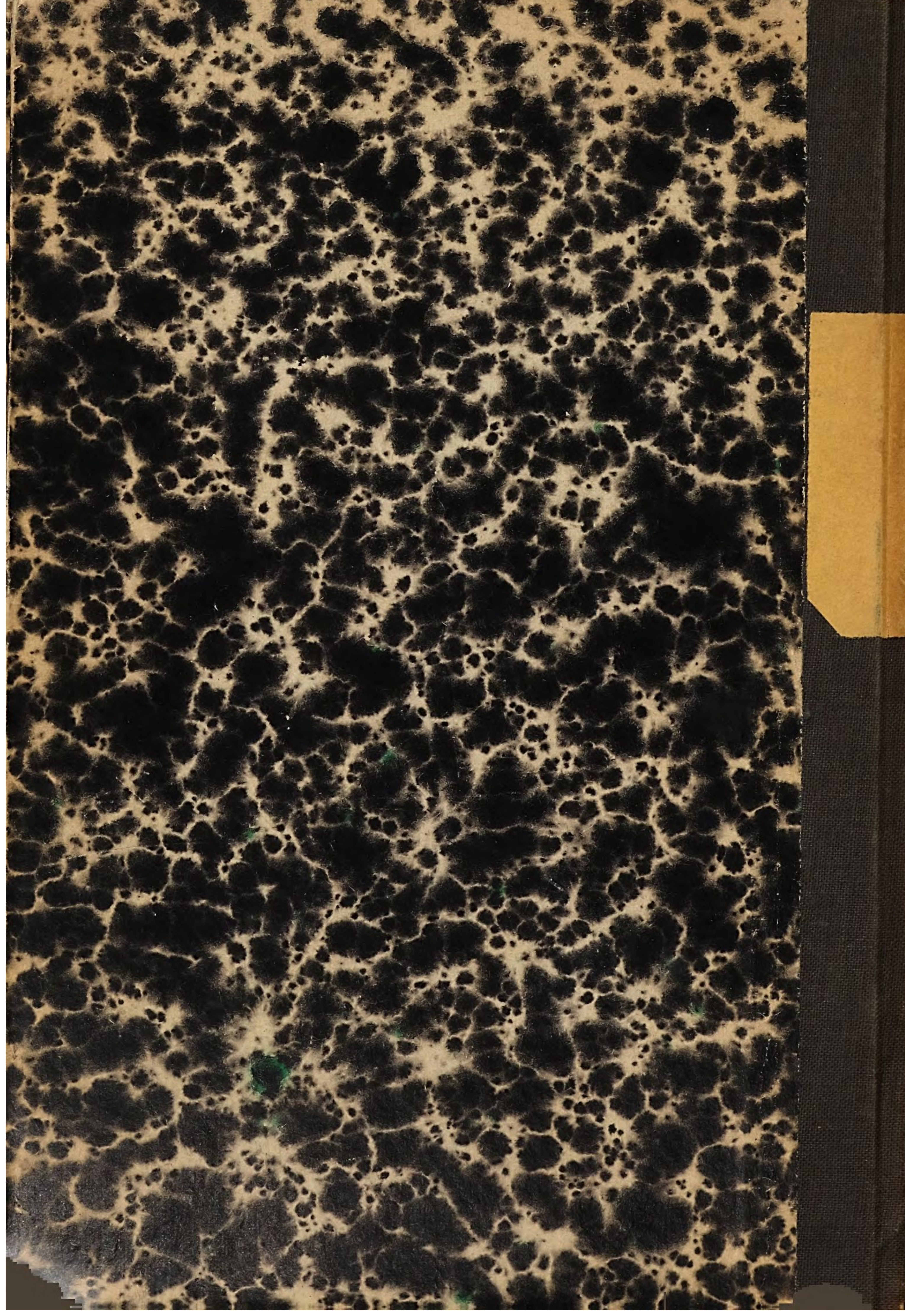
Namens-Aktien,

• deren Übertragung an die Einwilligung der A.-G. gebunden.

Minim. Betrag	1884	1885	1886	1887	1888	Sa.
200	3	11	10	7	9	40
250		1	1		2	4
300	1	5	5	1	5	17
444,44 ³¹² / ₇₀₂			1			1
500		2	1	5	3	11
1000		1	1	3	1	6
3000			1			1



J. N. Bögl.



Hessberger, Karl

Die volkswirtschaftlichen Wirkungen der Aktiengesetznovelle vom 18. Juli 18
84

1889

Merc. 102 t

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11654477-2